

Anhang.

(Alle Berichte des Anhanges gelten für das Kalenderjahr 1929.)

I. Landesversicherungsanstalt Rheinprov.

Dem Vorstande der Landesversicherungsanstalt gehören zurzeit als beamtete Mitglieder an:

1. Landeshauptmann Dr. Horion als Vorsitzender,
2. Vizepräsident Appellius als stellvertretender Vorsitzender,
3. Landesrat Dr. Schellmann,
4. „ Dr. Dieffenhardt,
5. „ Dr. Mewes,
6. „ Reinbach,
7. „ Kneil,
8. „ Dr. von Bosse,
9. „ Wolf,
10. „ Schmidt,
11. „ Dr. Brandts,
12. Landesverwaltungsrat Müller,
13. „ Meurer.

II. Rheinische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Allgemeines.

Im Berichtsjahre sind Gesetze und Verordnungen von größerer Bedeutung in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung nicht erschienen.

In ihrer Sektionseinteilung wurde die Berufsgenossenschaft wesentlich berührt durch das Preussische Gesetz über die kommunale Neugliederung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet vom 29. Juli 1929, welches stellenweise erhebliche Änderungen durch Zusammenlegung und Aufteilung alter Kreise unter Bildung neuer Stadt- und Landkreise brachte. Seither zählt die Berufsgenossenschaft nicht mehr 78, sondern nur noch 69 Sektionen; davon sind 17 Stadt- und 52 Landkreise.

Die ordentliche Genossenschaftsversammlung tagte am 6. November 1929. Sie hatte im wesentlichen über die Zentralisation der Verwaltung der Berufsgenossenschaft durch Übernahme der gesamten Entschädigungsregelung und der Beitragsveranlagung von den Sektionsvorständen auf den Genossenschaftsvorstand mit Wirkung vom 1. Januar 1930 ab zu beschließen. Die Versammlung stimmte der Zentralisation zu und die entsprechenden Satzungsänderungen wurden in einem 1. Nachtrag zur Sitzung — Ausgabe 1929 — zusammengestellt. Über die Auswirkung der getroffenen Maßnahmen läßt sich bei Abfassung des Verwaltungsberichts für das Jahr 1929 ein abschließendes Ergebnis noch nicht mitteilen.

Von den Verbänden der landwirtschaftlichen und gewerblichen Berufsgenossenschaften wurde in der Zeit vom 24. Februar bis 3. März 1929 die Reichsunfallverhütungswoche (Ruwo) veranstaltet, die den Zweck verfolgte, die Bevölkerung über den Wert der Unfallverhütung aufzuklären. Die Verwaltung beteiligte sich an der Durchführung der Ruwo und ließ durch die technischen Aufsichtsbeamten Vorträge über die Unfallverhütung in zahlreichen Versammlungen halten; ebenso wurden geeignete Werbeschriften usw. herausgegeben.

Hervorzuheben ist noch die ständig steigende Zahl der neu angemeldeten und der zur Entschädigung gelangenden Unfälle. Zur Anmeldung kamen 12 558 Unfälle gegenüber 11 133 im Vorjahre, entschädigt wurden 4162 gegenüber 3558. Das Berichtsjahr weist deshalb auch gegenüber dem Vorjahre wiederum eine weitere Steigerung der Ausgaben auf. Die Mehrausgaben sind jedoch zum Teil auch bedingt durch die von der Genossenschaftsversammlung im Jahre 1928 dem Genossenschaftsvorstand erteilte Ermächtigung, bei schweren Verletzungen von Unternehmern, deren Ehegatten und der im Betriebe tätigen Familienangehörigen im Interesse eines guten Heilverfahrens Krankenbehandlung durch geeignete Fachärzte und Heilanstalten bereits innerhalb der ersten 13 Wochen auf Kosten der Genossenschaft anzuordnen. Das Nähere ist aus den weiteren Abschnitten des Verwaltungsberichts zu ersehen.

Geschäftsumfang.

Die Steigerung des Geschäftsverkehrs, die bereits seit Jahren zu beobachten ist, war auch im Berichtsjahre zu verzeichnen. Die Eingänge stellten sich auf 119 425 (106 288*).

Der örtliche Bereich der Berufsgenossenschaft hat auf Grund der kommunalen Neugliederung im Verhältnis zur benachbarten Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft durch beiderseitige Grenzberichtigungen eine geringfügige Änderung erfahren.

Im übrigen sind in der Zahl der zur Berufsgenossenschaft gehörenden Betriebe und Nebenbetriebe wesentliche Änderungen gegenüber dem Jahre 1928 nicht eingetreten.

Angemeldete und erstmalig entschiedene Unfälle.

Zur Anzeige kamen 12 558 (11 133) Unfälle.

Erstmals entschieden wurden:

durch Anerkennung	4 162	(3 558)	Unfälle
durch Ablehnung	843	(666)	„
hierzu die Fälle, in denen nach Ablauf der ersten 13 Wochen nach dem Unfälle keine nennenswerte Einschränkung in der Erwerbsfähigkeit mehr vorhanden war	1 849	(1 840)	„
zusammen:	6 854	(6 064)	Unfälle.

Aus den Vorjahren wurden Entschädigungen übernommen für	14 532	(13 564)	Fälle,
hierzu treten die im Berichtsjahre neu entschädigten	4 162	(3 558)	„
so daß insgesamt Entschädigungen gezahlt wurden in	18 694	(17 122)	Fällen.
Im Laufe des Berichtsjahres kamen in Wegfall	3 064	(2 545)	Fälle.
Vom 1. Januar 1930 ab sind also zu entschädigen	15 630	(14 577)	Fälle.

Außer den oben erwähnten 6 854 (6 064) Feststellungsbescheiden wurden noch 7100 (6025) Rentenminderungs-, Rentenentziehungs- und andere Bescheide (Abfindung, Einweisung ins Krankenhaus usw.) erlassen, so daß im ganzen 13 954 (12 089) anfechtbare Bescheide in Frage kommen. In 1339 (257) Fällen wurden ohne Erlaß eines förmlichen Bescheides (§ 1569 a der Reichsversicherungsordnung) Entschädigungen gewährt.

Entschädigte Unfälle.

Die im Jahre 1929 erstmalig entschädigten 4162 (3558) Unfälle betrafen:

205 (189) Todesfälle,
19 (32) dauernd völlig Erwerbsunfähige,
3 938 (3 337) teilweise Erwerbsunfähige,
<u>4 162 (3 558).</u>

Von den entschädigten Unfällen entfielen:

auf Männer	2 824	(2 427),
auf Frauen	1 338	(1 131)
	<u>4 162</u>	<u>(3 558).</u>

Von den entschädigten Personen waren:

Unternehmer oder deren Ehefrauen	2 523	(2 138) = 60,62%
Sonstige Familienangehörige	819	(699) = 19,68%
Arbeiter und Versicherte bestimmter Gruppen	820	(721) = 19,70%.

Entstehungsursache der Unfälle waren:

Arbeitsmaschinen in	316	(264) Fällen,
Feuergefährliche Stoffe in	47	(39) „
Zusammenbruch von Gegenständen in	199	(168) „
Fall von Leitern usw. in	1 336	(1 090) „
Auf- und Abladen in	577	(472) „
Fuhrwerk in	695	(673) „
Tiere in	641	(550) „
Handwerkszeug in	260	(246) „
Elektrischer Strom in	4	(7) „
Sonstige Ursachen in	87	(49) „
	<u>4 162</u>	<u>(3 558) Fälle.</u>

*) Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

Gesamtentschädigungen.

Die Entschädigungsleistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	Personen	RM	RM
1. Krankenbehandlung:			
a) Behandlung der nicht in Heilanstalten untergebrachten Verletzten	2 721 (2 169)	216 193,37	
b) Heilanstaltspflege	1 761 (1 466)	451 877,29	
c) Gewährung der Pflege	61 (50)	25 398,20	
		zusammen:	693 468,86
2. Berufsfürsorge	7 (6)	—	916,95
3. Renten an Verletzte	17 572 (15 948)	—	2 024 264,03
4. Abfindungen an Verletzte	498 (353)	—	156 096,69
5. Leistungen an Hinterbliebene:			
a) Sterbegeld	206 (206)	12 295,—	
b) Renten an Witwen und Witwer	1 323 (1 304)	287 791,94	
c) Renten an Kinder	771 (724)	120 363,86	
d) Renten an Verwandte aufsteigender Linie	27 (28)	4 145,70	
e) Abfindungen an Witwen bei Wieder- verheiratung	8 (10)	4 161,25	
f) Einmalige Witwenbeihilfen	22 (26)	5 573,60	
		zusammen:	434 331,35
6. Zuschläge für die Rücklage	—	—	—
		Summe der Entschädigungen:	3 309 077,88

Postvorschuß.

Der an die Post zur Deckung der Entschädigungen zu leistende Postvorschuß stellte sich auf monatlich 191 000 RM, d. i. jährlich	2 292 000,— RM
Die Nachzahlung für das Jahr 1929 belief sich auf	122 301,28 „
Der gesamte Postvorschuß betrug hiernach	2 414 301,28 RM
Die Zahlung der einmaligen Entschädigungsbeträge (894 776,60 RM) erfolgte unmittelbar durch die Kasse der Berufsgenossenschaft.	

Einnahmen.

Zur Deckung der Ausgaben für das Berichtsjahr konnte zunächst der aus dem Jahre 1928 verbliebene Bestand bereitgestellt werden in Höhe von	461 375,48 RM
An Beiträgen gingen im Jahre 1929 ein	4 141 460,47 „
Die Einnahmen an Strafen und Entschädigungsersatzansprüchen beliefen sich auf	60 200,10 „
Insgesamt standen zur Bestreitung der Ausgaben des Jahres 1929 zur Verfügung	4 663 036,05 RM

Rechnungsabluß.

Einnahmen		4 663 036,05 RM	
Ausgaben:			
1. Entschädigungen		3 291 996,66 "	
2. Entschädigungen für Westpreußen, Posen, Eupen und Malmédy		17 081,22 "	
3. Unfallverhütung (57 531,79 RM) und Unfalluntersuchung (218 455,70 RM), Oberversicherungsämter (58 648,58 RM) u. Reichsversicherungsamt (3 201,54 RM)		337 837,61 "	
4. Finanzdienst (Zinsen für Vorschüsse an die Landesbank)		94 240,18 "	
5. Vergütungen für die ehrenamtlichen Organe der Genossenschaft und der Sektionen (darunter die Kosten der Genossenschaftsversammlung)		4 738,91 "	
6. Gehälter für die beim Genossenschaftsvorstande und den 78 Sektionsvorständen beschäftigten Beamten und Angestellten:			
Genossenschaftsvorstand		264 033,31 "	
Sektionsvorstände		223 032,08 "	
7. Beitrag zum Pensionsfonds, zur Ruhegehaltskasse, Krankenkasse, einmalige Unterstützungen	}	65 302,29 "	
8. Reisekosten der Beamten		3 246,12 "	
9. Kosten für Mieten, Heizung, Beleuchtung, Reinigung der Geschäftsräume		46 346,91 "	
10. Büro- und Kassenbedürfnisse, Kosten der Veröffentlichungen		20 606,— "	
11. Anschaffung und Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände		7 686,65 "	
12. Postkosten, Fernspreckgebühren		28 641,83 "	
13. Sonstiger Verwaltungsaufwand		7 298,37 "	
Summe der Ausgaben:			4 412 088,14 RM

Die Jahresrechnung für 1929 schließt ab mit einer

Einnahme von	4 663 036,05 RM
Ausgabe von	4 412 088,14 "
Der Bestand (eiserner Betriebsfond) beträgt:	250 947,91 RM

Rücklage.

Wegen der ungünstigen Lage der Landwirtschaft ist auch für das Jahr 1929 von der Ansammlung einer Rücklage mit Genehmigung des Reichsversicherungsamts abgesehen worden.

Das Rücklagevermögen hat im Berichtsjahre durch die vom Reich den Versicherungsträgern zugestandene bevorzugte Einlösung von Reichsanleiheablösungsschuld sowie durch Auslösung von Wertstücken dieser Schuld und von Anleiheablösungsschuld der Rheinprovinz einige Änderungen erfahren.

Der Buchwert der Wertpapiere belief sich am 31. Dezember 1929 nach dem Erlaß des Reichsversicherungsamts vom 2. Januar 1928 I R 1202/27, betr. Bewertung der Vermögensbestände, auf:

1. Auslösungsscheine der Deutschen Ablösungsanleihe	4 070,63 RM
2. Auslösungsscheine der Stadt Düsseldorf	1,— "
3. Auslösungsscheine der Stadt Duisburg	1,— "
4. Auslösungsscheine der Rheinprovinz	29 970,— "
5. Reichsschatzanweisungen von 1928	19 500,— "
6. Reichsanleihe 1927	1 487,50 "
zusammen:	55 030,13 RM

Der Barbestand der Rücklage belief sich am 31. Dezember 1929 auf	28 475,07 RM
insgesamt:	83 505,20 RM

Zur Aufwertung der im Saargebiet in Frankenwährung zu zahlenden Unfallrenten sind seitens aller deutschen Berufsgenossenschaften an die dort tätigen Berufsgenossenschaften Darlehen zu zahlen, die auf Anordnung des Reichsversicherungsamts der Rücklage entnommen werden können. Dementsprechend sind an die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Saargebiet im Berichtsjahr 5747,30 RM aus der Rücklage gezahlt worden.

Streitfälle.

Einschließlich der aus dem Jahre 1928 übernommenen Fälle waren insgesamt 2815 (2611) Berufungen bei den Oberversicherungsämtern anhängig.

Beim Reichsversicherungsamt schwebten einschließlich der aus 1928 übernommenen Fälle 257 (241) Rekurse.

Bestrafungen, Rückgriff gegen Unternehmer und Dritte.

Bestraft wurden 185 (180) Betriebsunternehmer wegen verspäteter Unfallmeldung und 2092 (2335) wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften.

Wegen fahrlässig verschuldeter Unfälle wurden in 106 (103) Fällen von den Ersatzpflichtigen unsere Aufwendungen erstattet.

Unfallverhütung.

Wegen der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften im Jahre 1929 wird auf den besonderen, als Anlage beigefügten Jahresbericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen für die erste Hilfe verwiesen.

Unterstützungen an Sanitätskolonnen und Pflegestellen.**Kontrolle der Verletzten.**

Wie bereits seit längeren Jahren, so wurden auch im Berichtsjahre zur Neueinrichtung und zum Ausbau von Einrichtungen, die der ersten Hilfe bei Unfällen auf dem Lande dienen, Beihilfen nach dem im einzelnen nachgewiesenen Bedürfnis und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel gewährt.

Es wurden gezahlt:

ein Zuschuß von 100,— RM an die	Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz in Zülpidh, Kreis Euskirchen,
" " " 75,— " " "	Freiwillige Sanitätskolonne in Cochem,
" " " 100,— " " "	Freiwillige Sanitätskolonne des Kreises Monschau,
" " " 60,— " " "	den Zweigverein vom Roten Kreuz für den Landkreis Aachen,
" " " 175,— " " "	die Krankenpflegestelle der Gemeinde Malborn, Kreis Berncastel,
" " " 150,— " " "	Krankenpflegestelle in Dhroneden, Kreis Berncastel,
" " " 50,— " " "	den Vaterländischen Frauenverein in Glammersfeld, Kr. Altenkirchen,
" " " 300,— " " "	Kreis Waldbröl, als Beitrag für Beschaffung eines Krankenautos.

Dem Schwesternhaus in Lünsdorf, Kreis Saarburg, wurde an Stelle einer geldlichen Beihilfe ein großer Einheitsverbandkasten zum Preise von 25,— RM überwiesen.

Im Berichtsjahre fand in 21 (27) Kreisen eine Kontrolle von Rentenempfängern hinsichtlich ihrer Erwerbsbeschränkung durch den beim Genossenschaftsvorstande tätigen Landesmedizinalrat statt; hierbei wurden insgesamt 1425 (1115) Untersuchungen und Begutachtungen vorgenommen.

Mit dieser Kontrolle wurden, wie in den Vorjahren, zahlreiche Begutachtungen behufs erstmaliger Rentenfestsetzung, Beschaffung bzw. Erneuerung von künstlichen Gliedern, Anordnung geeigneter Behandlungsmassnahmen sowie vereinzelt auch Besichtigungen von Heilanstalten verbunden.

III. Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

I. Allgemeines.**1. Feuerversicherung.**

Das Jahr 1929 war für die deutsche Feuerversicherung ganz besonders schadenreich. Nach der Statistik der Arbeitsgemeinschaft privater Feuerversicherungsgesellschaften stieg die Schadenvergütung von 102 Millionen RM im Jahre 1927 und 120 Millionen RM 1928 auf 145 Millionen RM im Jahre 1929. Auch bei der Anstalt ist die Zahl der Brandschäden sowie die Höhe der Entschädigungen gegen das Vorjahr gestiegen. Der Schadensverlauf kann aber immer noch als erträglich bezeichnet werden. Im übrigen hat sich das Geschäft sowohl hinsichtlich der Zahl der Versicherungen als auch des Versicherungskapitals und der Beiträge gut weiter entwickelt. Dieser Verlauf des Geschäftes hat es dem Verwaltungsrat ermöglicht, für das Jahr 1930 die Beiträge in der Feuerversicherung, der Einbruchdiebstahlversicherung und der Wasserleitungsschadenversicherung um 10% zu senken. Er war dazu in der Lage weil der Sicherheitsfond die Summe von 10 Millionen RM überschritten hat und trug dabei der Bestimmung des Gesetzes betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten vom 25. Juli 1910 Rechnung, das vorschreibt, daß der Betrieb der Anstalt „nur im Interesse des gemeinen Ruhens und nicht zu Erwerbsszwecken erfolgen“ und daß „das Vermögen und die Einnahme der Anstalt nur im Interesse der Anstalt und der Versicherten verwendet werden“ dürfen. Wenn die Entwicklung des Geschäftes und namentlich der Schadenverlauf sich nicht verschlechtern, wird in den kommenden Jahren die gleiche Maßnahme beschlossen werden können. Es betragen:

Die Zahl der Versicherungen	1928:	808 768	
	1929:	838 785	
Das Versicherungskapital	1928:	12 266 828 433,—	RM
	1929:	13 138 620 465,—	"
Die Versicherungsbeiträge	1928:	13 628 132,45	"
	1929:	13 901 436,46	"
Die Zahl der Brandschäden	1928:	10 980	
	1929:	13 275	
Festgestellte Entschädigungen	1928:	6 427 559,90	"
"	1929:	7 083 070,23	"

2. Nebenzweige (Einbruchdiebstahl, Wasserschäden und Glasversicherung.) Es betragen:

Die Zahl der Versicherungen	1928:	35 819	
	1929:	41 148	
Die Versicherungsbeiträge	1928:	715 508,04	RM
	1929:	818 876,39	"
Die festgestellten Entschädigungen	1928:	192 481,97	"
"	1929:	287 692,08	"

Die starke Erhöhung der Entschädigungen rührt namentlich aus der starken Kälte in den ersten Monaten des Berichtsjahres her, die besonders viele Rohrbrüche herbeiführte.

3. Hagelversicherung. Es betragen:

Die Zahl der Versicherungen	1928:	5 403	
	1929:	6 900	
Das Versicherungskapital	1928:	21 319 030,—	RM
	1929:	23 058 000,—	"
Die Versicherungsbeiträge	1928:	333 974,66	"
	1929:	305 017,60	"
Die festgestellten Entschädigungen	1928:	210 488,38	"
"	1929:	251 817,80	"

4. Haftpflichtversicherung.

Diese Versicherung wird von der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz für Rechnung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt betrieben. Der Versicherungsbestand selbst abgeschlossener Versicherungen betrug Ende

1929:	34 110 Versicherungen	über	1 371 519,99	RM	Jahresprämie	gegen
1928:	29 223	"	1 117 083,25	"	"	"

5. Autokastoverversicherung.

Der Versicherungsbestand selbst abgeschlossener Versicherungen dieser ebenfalls von der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt für Rechnung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt betriebenen Versicherungen betrug Ende

1929:	957 Versicherungen	über	322 339,35	RM	Jahresbeiträge	gegen
1928:	721	"	238 260,46	"	"	"

II. Verwaltungsrat.

Der Verwaltungsrat der Anstalt besteht aus folgenden Herren:

1. Mitglieder:

Oberbürgermeister Dr. Adenauer
als Vorsitzender,
Landeshauptmann Dr. Horion
als stellvertretender Vorsitzender,
Oberbürgermeister Gielen,
Fabrikant Ernst Tönnemann,
Schreinermeister Pampus,
Landwirt Jakob Schroer,
Oberbürgermeister Dr. Jarres,
Gutsbesitzer Frings,
Bürgermeister Grootens,
Landesrat Wingender,
Stadtverordneter Dunder,
Generaldirektor Adams.

2. Stellvertretende Mitglieder:

Rechtsanwalt Dr. Kaufhold,
Generaldirektor Wiedemeyer,
Landwirt Adolf Rother,
Heinrich Kurth,
Weingutsbesitzer Andres,
Generaldirektor Dr. Hold,
Gutsbesitzer Bommer,
Bürgermeister Neusen,
Direktor Friß Hoff,
Friß Marquart.

III. Personalien.

Das langjährige Mitglied des Verwaltungsrats Graf Weißel von Gymnich hat das Amt wegen Erkrankung niedergelegt.

IV. Geschäftsumfang und Geschäftsbetrieb.

	Anzahl der Versicherungen		Versicherungskapital		Versicherungsbeiträge			
	1929	1928	1929	1928	1929		1928	
			RM	RM	RM	Rpf.	RM	Rpf.
Immobilien-Feuer-Versf.	471 011	457 092	8 981 624 487	8 313 636 424	8 145 866	56	7 863 993	75
Mobilien- " "	367 774	351 676	4 156 995 978	3 953 192 009	5 755 569	90	5 764 138	70
Mietverlust-Versicherung	6	6	35 600	35 600	61	80	84	40
Betriebsverlust- " "	2	2	77 920	87 920	348	78	86	60
Einbruchdiebstahl- " "	31 233	27 002	672 504 750	482 788 685	536 922	47	457 613	23
Wasserschäden- " "	2 278	1 889	183 769 200	148 415 400	56 297	90	46 918	20
Glas-Versicherung . . .	7 637	6 928	—	—	225 656	02	212 976	61
Summe	879 941	844 595	13 995 007 935	12 898 156 038	14 720 723	38	14 345 811	49

Brandschaden-Statistik 1929.

Die Zahl der Brandschäden betrug: 13 275.

Die Brandentschädigungen betragen:

	1929			1928		
	Schäden RM	Rpf.	% der Beiträge	Schäden RM	Rpf.	% der Beiträge
für Immobilien	4 083 788	75	50,13	3 645 804	42	46,36
" Mobilien	2 999 281	48	52,11	2 781 755	48	48,26
zusammen	7 083 070	23	50,95	6 427 559	90	47,18

In 2 550 Fällen wurden die Gebäude allein
 " 9 463 " " " Mobilien "
 " 1 262 " " " Gebäude und Mobilien gleichzeitig betroffen.

Was den Umfang der Schäden betrifft, so waren:

12 004	Schäden unter	300 RM	
470	" über	300 " bis	1 000 RM
184	" "	1 000 " "	2 000 "
108	" "	2 000 " "	3 000 "
184	" "	3 000 " "	6 000 "
137	" "	6 000 " "	10 000 "
130	" "	10 000 " "	20 000 "
51	" "	20 000 " "	50 000 "
4	" "	50 000 " "	100 000 "
3	" "	100 000 "	
13 275			

Der höchste Schaden betrug 147269 RM (Immobilien 33449 RM, Mobilien 113820 RM).

Auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilen sich die Schäden wie folgt:

a) Aachen	1988	Brände
b) Koblenz	1317	"
c) Köln	2870	"
d) Düsseldorf	4526	"
e) Trier	2527	"
f) Freistaat Birkenfeld	21	"
g) Saarpfalz	26	"

Summe 13 275 Brände

Die Brände verteilen sich auf die einzelnen Monate wie folgt:

Januar	1 736	Brände
Februar	1 916	"
März	1 263	"
April	998	"
Mai	975	"
Juni	729	"
Juli	971	"
August	759	"
September	877	"
Oktober	766	"
November	978	"
Dezember	1 307	"

Summe 13 275 Brände

Über die Ursachen der Entstehung der Brände ist folgendes zu bemerken:

a) Vorsätzliche Brandstiftung	1. Erwiesene	in 15 Fällen
	2. Mutmaßliche	208 "
b) Fahrlässige Brandstiftung		6 466 "
c) Trocknen am Herd oder Ofen		1 952 "
d) Fehlerhafte Feuerungsanlagen, fehlerhafte Baukonstruktion		1 659 "
e) Lokomotivfeuerung		23 "
f) Automobilfeuerung		2 "
g) Elektrische Anlagen		1 009 "
h) Blitz		407 "
i) Gewerbe und Fabrikbetrieb, sofern nicht Fahrlässigkeit vorliegt		110 "
k) Explosionen		209 "
l) Selbstentzündung		16 "
m) Schäden, deren Entstehungsursache unter keine der vorstehenden Rubriken zu bringen ist		452 "

Summe 12 528 "

In 747 Fällen aller vorgekommenen Schäden ist die Entstehungsursache nicht ermittelt worden.

Die finanziellen Ergebnisse

A. Feuer und Nebenzweige.

I. Einnahme.		RM	Rpfl.	RM	Rpfl.
1. Bestand aus dem Vorjahre				996 905	34
2. Beitragsüberträge aus dem Vorjahre				1 050 000	—
3. Beiträge:					
a) Einnahmesterne aus dem Vorjahre				71 587	74
b) Beiträge für 1929 Feuerversicherung und Nebenzweige					
1. Immobilial-Feuer-Versicherung	8 145 866	56			
2. Mobililar- " "	5 755 569	90			
3. Mietverlust- " "	61	80			
4. Betriebsverlust- " "	348	73			
5. Einbruchdiebstahl- " "	536 922	47			
6. Wasserleitungsschäden- " "	56 297	90			
7. Glas- " "	225 656	02	14 720 723	38	
4. Gebühren der Versicherten und Ersatz von Auslagen				72 295	54
5. Kapitalerträge:					
a) Zinsen von Anleihen	229 838	57			
b) Zinsen von Darlehen	331 675	07			
c) sonstige Zinsen	526 574	45	1 088 088	09	
d) Mieten			57 043	22	
6. Versicherungssteuer			727 029	84	
7. Zurückgezahlte Darlehen			33 096	54	
8. Sonstige Einnahmen			119 959	67	
Summe				18 936 729	36

sind folgende:

A. Feuer und Nebenweige.

II. Ausgabe.		RM	Rpfl.	RM	Rpfl.
1. Schäden aus Vorjahren	a) gezahlt 136 497,23 ab von Rückversicherung 124 975,50 b) zurückgestellt	11 521 154 134	73 22	165 655	95
2. Schäden aus 1929:					
Immobilien	a) gezahlt 3 964 101,87 b) zurückgestellt 119 686,88	4 083 788	75		
Mobilien	a) gezahlt 2 925 599,41 b) zurückgestellt 73 682,07	2 999 281	48		
Einbruchdiebstahl	a) gezahlt 132 212,43 b) zurückgestellt 96,55	132 308	98		
Wasserleitungsschäden	a) gezahlt 58 575,87 b) zurückgestellt 50,—	58 625	87		
Glasversicherung	a) gezahlt 96 607,23 b) zurückgestellt 150,—	96 757	23		
Schadenermittlungskosten		169 721	38		
— ab Anteil der Rückversicherung		7 540 483	69		
3. Rückversicherungsbeiträge		1 248 025	32	6 292 458	37
4. Ausgaben für gemeinnützige Zwecke:				1 629 860	75
a) für Verbesserungen der Feuerlöschrichtungen . .		329 100	—		
b) für Wasserleitungen		169 750	—		
c) Beitrag zur Feuerwehrunfallkasse, zur Unterstützungs-		36 400	—		
d) Zuwendungen an die Sterbekasse		30 000	—	565 250	—
5. Ueberträge von Beiträgen für Folgejahre				1 050 000	—
6. Beitragserstattungen				14 596	29
7. Verwaltungskosten:					
a) persönliche		2 077 681	79		
b) sachliche		552 340	97		
c) Vergütungen an Vertreter und Hebestellen		2 212 986	71		
ab Erstattung von Rückversicherer		4 843 009	47		
8. Sondervergütungen		281 931	32	4 561 078	15
9. Versicherungssteuer				161 511	40
10. Zinsen von Hauszinssteuer-Hypothek				727 029	84
11. Zinsfreie Darlehen auf Grund der Neuwertversicherung .				2 880	—
a) gezahlt		27 451	67		
b) zurückgestellt		300	—	27 751	67
12. Sonstige Ausgaben				292 525	35
13. An den Sicherheitsfonds gemäß § 12, Abs. 3 der Satzung				3 446 131	59
Von dem Uberschuß von RM 3 446 131,59					
sind bereits verwendet:					
a) Einzahlung auf Beteiligungen 259 411,12					
b) für 500 000 RM Preuß. Schatzanw. 484 750,—					
c) für 500 000 RM Landesbank-Oblig. 452 500,—					
d) Darlehen einschl. 520 900 RM für Wasserleitungen 1 608 232,89					
e) Beamtenwohnungsbau Saarbrücken 50 155,02					
f) Anlauf des Hauses in Aachen 70 000,— RM 2 925 049,03					
bleiben zur Anlage für den Sicherheitsfonds gemäß § 12 Abs. 3 der Satzung verfügbar RM 521 082,56					
Summe				18 936 729	36

B. Hagelversicherung.

I. Einnahmen.

	RM	Rpf.
1. Versicherungsbeiträge	216 610	60
2. Zuschlag für Nachschußrückversicherung	74 477	80
3. Versicherungssteuer	5 017	30
4. Postokosten	2 910	70
5. Nachschuß aus 1927	2 033	30
6. Nachschuß für 1929	11 895	90
7. Leistungen der Mit- und Rückversicherer	301 386	74
8. Zinsen für Darlehen an den Verband	4 586	63
Summe	618 918	97

C. Haftpflicht-

I. Einnahme.

	RM	Rpf.	RM	Rpf.
1. Prämienüberträge aus dem Vorjahre:				
a) Haftpflichtversicherung	53 517	11		
b) Autokaskoversicherung	15 775	47	69 292	58
2. Schadenüberträge aus dem Vorjahre:				
a) Haftpflichtversicherung	592 322	—		
b) Autokaskoversicherung	32 889	18	625 211	18
3. Beiträge 1929:				
a) Haftpflichtversicherung				
1. für selbst abgeschlossene Versicherungen	1 260 179	94		
2. für in Rückdeckung übernommene Versicherungen	4 476	68	1 264 656	62
b) Autokaskoversicherung				
1. für selbst abgeschlossene Versicherungen	344 697	08		
2. für in Rückdeckung übernommene Versicherungen	25 235	21	369 932	29
4. Zinsen			21 993	49
5. Vergütung der Rückversicherung für:				
a) Prämien-Reserve-Ergänzung	15 360	—		
b) eingetretene Versicherungsfälle	779 652	45		
c) sonstige Leistungen	399 642	47	1 194 654	92
Summe der Einnahme			3 545 741	08

B. Hagelversicherung.

II. Ausgaben.

	RM	Rpf.
1. Schäden einschl. Abschätzungskosten	258 641	20
2. Beiträge an Mit- und Rückversicherer	290 806	87
3. Provisionen und Verwaltungskosten	63 427	71
4. Versicherungssteuer	5 017	30
5. Rückerstattung an die Feuerabteilung	1 025	89
Summe	618 918	97

und Autokaskoversicherung.

II. Ausgabe.

	RM	Rpf.	RM	Rpf.
1. Verlustvortrag aus dem Vorjahre			288 740	85
2. Schäden aus dem Vorjahre:				
a) Haftpflichtversicherung				
1. gezahlt	382 051	90		
2. zurückgestellt	319 320	—	701 371	90
b) Autokaskoversicherung				
1. gezahlt	30 374	72		
2. zurückgestellt	2 230	—	32 604	72
3. Schäden im Geschäftsjahr aus selbst abgeschlossenen Versicherungen:				
a) Haftpflichtversicherung				
1. gezahlt	283 687	97		
2. zurückgestellt	446 740	—	730 427	97
b) Autokaskoversicherung				
1. gezahlt	125 873	48		
2. zurückgestellt	39 335	—	165 208	48
4. Vergütungen für in Rückdeckung übernommene Versicherungen:				
a) Haftpflichtversicherung gezahlt	302	70		
" zurückgestellt	395	—		
b) Autokaskoversicherung gezahlt	8 439	78		
" zurückgestellt	2 486	71		
c) Sonstige Leistungen	3 580	19	15 204	38
5. Rückversicherungsbeiträge:				
a) Haftpflichtversicherung	968 016	92		
b) Autokaskoversicherung	234 532	81	1 202 549	73
6. Verwaltungskosten:				
a) Agenturkosten und Außendienst	248 378	64		
b) sonstige	310 843	88	559 222	52
7. Abschreibungen			57	01
8. Reserven für Renten aus Haftpflichtversicherung			20 480	—
9. Prämienüberträge:				
a) Haftpflichtversicherung	81 503	—		
b) Autokaskoversicherung	32 395	—	113 898	—
Summe der Ausgabe			3 829 765	56
Verlust auf neue Rechnung vorzutragen			284 024	48

Vermögens-

Guthaben.		RM	Rpfr.	RM	Rpfr.
1.	Guthaben bei der Landesbank und anderen Bankverbindungen			1 535 742	80
2.	Wertpapiere zum Kurs- bzw. Ankaufswerte von			3 915 772	69
3.	Hypotheken			4 694 230	48
4.	Darlehen für Wasserleitungen zu ermäßigtem Zinssatz			877 800	—
5.	Anlage bei der Landesbank bis 1933			950 000	—
6.	Beteiligungen:				
a)	Deutscher Gemeinnütziger Rückversicherungsverband	63 000	—		
b)	Zentraleuropäische Versicherungsbank	120 000	—		
c)	Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer	7 355	—		
d)	Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Rheinisches Heim	40 000	—		
e)	Rheinische Wohnungsfürsorge G. m. b. H.	500 070	—		
f)	Düsseldorfer Spar- und Bauverein	1 200	—		
g)	Beamten-Wohnungsbaugenossenschaft	11 100	—		
h)	Rheinische Beamtenbaugenossenschaft m. b. H.	30 000	—	772 725	—
7.	Haus- und Grundbesitz			1 813 572	—
8.	Inventar			100 000	—
9.	Forderungen an Vertreter			55 074	27
10.	Forderungen an Provinzial-Lebenversicherungsanstalt aus Haftpflicht- und Autokaskoverversicherung			640 330	76
11.	Garantiefonds Hagelversicherungsverband			119 249	87
Summe				15 474 497	87

Demnach beträgt der nach § 12 Abs. 3 der Satzung

Übersicht

		RM	Rpf.	RM	Rpf.
Verbindlichkeiten.					
1.	Kassenvorschuß			838 345	36
2.	Rückstellung für Beiträge auf Folgejahre			1 050 000	—
3.	Rücklage für noch nicht bezahlte Schäden			347 499	72
4.	Rücklage für Darlehen auf Grund der Neuwertversicherung			300	—
5.	Nicht eingezahlte Kapitalanlagen auf Beteiligungen:				
	a) Deutscher Gemeinnütziger Rückversicherungsverband .	37 010	21		
	b) Zentraleuropäische Versicherungsbank	90 000	—		
	c) Rheinische Beamtenbaugesellschaft	15 000	—	142 010	21
6.	Rücklage für bewilligte, aber noch nicht gezahlte Darlehen für Wasserleitungen			173 700	—
7.	Hauszinssteuerhypothek			96 000	—
8.	Rücklage für die gesetzliche Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung der Beamten			596 998	78
9.	Versorgungskasse der Angestellten			17 015	84
10.	Rückgestellte Beiträge:				
	a) für die Haftpflichtversicherung	81 503	—		
	b) für die Autokaskoversicherung	32 395	—	113 898	—
11.	Rückgestellte Schadenbeträge:				
	a) für die Haftpflichtversicherung	766 455	—		
	b) für die Autokaskoversicherung	44 051	71	810 506	71
12.	Reserve für Renten aus Haftpflichtversicherung			20 480	—
13.	Vortrag für das nächste Jahr			521 082	56
Summe				4 727 837	18

zu bildende Sicherheitsfonds 10 746 660,69 RM.

D. Feuerwehr-Unfallkasse der Rheinprovinz

jetzt

Unfallversicherungskasse für die Feuerwehren der Rheinprovinz.

Die im Jahre 1893 von der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt unter Beitritt der Gemeinden errichtete Feuerwehr-Unfallkasse der Rheinprovinz war eine freiwillige Einrichtung, zu dem Zwecke errichtet, den im Feuerwehrdienst beschädigten oder verunglückten Feuerwehrleuten und deren Hinterbliebenen Entschädigung zu gewähren. Den Gemeinden stand es frei, ob sie der Kasse beitreten wollten oder nicht. Durch das Reichsgesetz über Änderung in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 (RGBl. I, Seite 405) ist der Betrieb der Feuerwehren der Unfallversicherung auch der Reichsversicherungsordnung unterworfen. Träger der Unfallversicherung des Feuerwehrbetriebes sind die Länder. Das Preußische Staatsministerium hat auf Grund des Artikels 37 des genannten Gesetzes der Feuerwehr-Unfallkasse der Rheinprovinz unter der Bezeichnung „Unfallversicherungskasse für die Feuerwehren der Rheinprovinz“ durch Erlaß vom 27. Juni 1929 die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen. Als Ausführungsbehörde ist die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz bestellt, Vorstand der Kasse ist der jeweilige Generaldirektor der Anstalt, im Behinderungsfalle sein Vertreter.

Durch das Gesetz ist der Kreis der Versicherten erweitert. Nicht nur die der Kasse beigetretenen Feuerwehren unterliegen der Versicherung, sondern alle, soweit den Mitgliedern nicht nach dem Beamten-Unfallfürsorgegesetz und Ortsstatut eine der reichsgesetzlichen Unfallversicherung entsprechende Versorgung gewährleistet ist; es sind auch diejenigen Personen versichert, welche, ohne Mitglied einer Feuerwehr zu sein, freiwillig oder auf Anordnung der Polizeibehörde oder eines Feuerwehrführers Hilfe im Feuerwehrbetrieb leisten. Die Freiwilligkeit der Unfallversicherung ist beseitigt, die Zwangsversicherung ist eingeführt. Die Leistungen der Unfallversicherungskasse richten sich nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Es besteht also ein gesetzlicher Anspruch auf die Versicherungsleistungen, was bei der bisherigen freiwilligen Feuerwehr-Unfallkasse nicht der Fall war. Die Satzung der Unfallversicherungskasse wurde durch Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 18. Dezember 1929 genehmigt.

Das Jahr 1929 ist das Übergangsjahr von der freiwilligen Unfallversicherung der Feuerwehren zur reichsgesetzlichen Zwangsversicherung des Feuerwehrbetriebes. Da die maßgebende Satzung erst Ende des Jahres genehmigt wurde, ist im Jahre 1929 im wesentlichen nach den Bestimmungen der bisher geltenden Satzung verfahren worden. Es sind also die nach der bisherigen Satzung vorgesehenen Beiträge erhoben und die entsprechenden Entschädigungen geleistet worden.

Die finanziellen Ergebnisse der Kasse sind folgende:

I. Einnahme.		RM	Rpf.	II. Ausgabe.		RM	Rpf.
1. Beiträge der Gemeinden . . .	101 751	40	1. Vorschuß aus 1928	16 323	36		
2. Zuschuß der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt	30 000	—	2. Entschädigungen	41 728	08		
3. Zinsen	4 747	50	3. Renten	74 523	56		
4. Ausgeloste 55 000 RM Goldpfandbriefe der Landesbank zu 102%	56 100	—	4. Abfindungen	26 650	—		
			5. Kurkosten und Gutachten	33 212	94		
			6. Sonstiges	384	—		
Summe	192 598	90	Summe	192 821	94		

Mithin Vorschuß: 223,04 RM.

Vorhandene Wertpapiere.

a) 12 500 RM 7% Gold-Kommunal-Obligationen der Landesbank zum Kurswert	11 843,75 RM
b) Auslosungsscheine der Rheinprovinz	6 950,— "
Summe	18 793,75 RM

E. Unterstützungskasse für bei der Löschhilfe Beschädigte und Verunglückte.

I. Einnahme			II. Ausgabe.		
	RM	Rpf.		RM	Rpf.
1. Bestand aus dem Vorjahre	1 089	72	1. Unterstützungen	326	—
2. Zuschuß der Anstalt	1 200	—			
Summe	2289	72	Summe	326	—

Mithin Bestand 1 963,72 RM.

Die Zahl der Unfälle, für welche Unterstützungen gezahlt worden sind, betrug 4.

Düsseldorf, den 28. Juni 1930.

Der Generaldirektor
der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz
A d a m s.

IV. Landesbank der Rheinprovinz.

I. Verwaltungsrat.

1. Vom Provinzialauschuß gewählte Mitglieder mit beschließender Stimme:

Mitglieder:

Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Vorsitzender,
Weingutsbesitzer Andres,
Landesökonomierat Bollig,
Geheimer Kommerzienrat Dr. Hagen,
Direktor Hoff,
Landeshauptmann Dr. Horion, stellw. Vorsitzender,
Oberbürgermeister Dr. Jarres,
Stadtverordneter Sanders,
Schriftleiter Steinbüchel,
Generaldirektor der Landesbank Bel,
Generaldirektor der Landesbank Bernegau,

Stellvertreter:

Rechtsanwalt Dr. Esch.
Gutsbesitzer Schroer,
Rechtsanwalt Voenaarh,
Oberbürgermeister Gielen,
Beigeordneter Haas,
—
Rechtsanwalt und Notar Viehhaber,
Polizeipräsident Elfes,
Reichsangestellter Müller,
—
—

2. Vom Provinzialauschuß gewählte Mitglieder mit beratender Stimme:

Angestellter Dunder,
Ökonomierat Kemmann,
Gutsbesitzer Josef Pauli,

Expedient Behhold,
—
—

3. Mitglieder, die der Rheinisch-Westfälische Sparkassenverband als seine stimmberechtigten Vertreter in den Verwaltungsrat gewählt hat:

Landrat Dr. Boden,
Sparkassendirektor Fahlbusch
Bürgermeister Grootens,
Bürgermeister Dr. Maherath,
Sparkassendirektor Muth,
Bürgermeister Rohl,

Landrat Dr. Pohl,
Sparkassendirektor Stoilberg,
Beigeordneter Dr. Witten,
Beigeordneter Dr. Odenkirchen,
Sparkassendirektor Höller,
Bürgermeister Dr. Rinjen.

Die Kredit- und Revisions-Kommission besteht aus zwei Mitgliedern des Verwaltungsrates:

Bürgermeister Grootens,
Direktor Hoff.

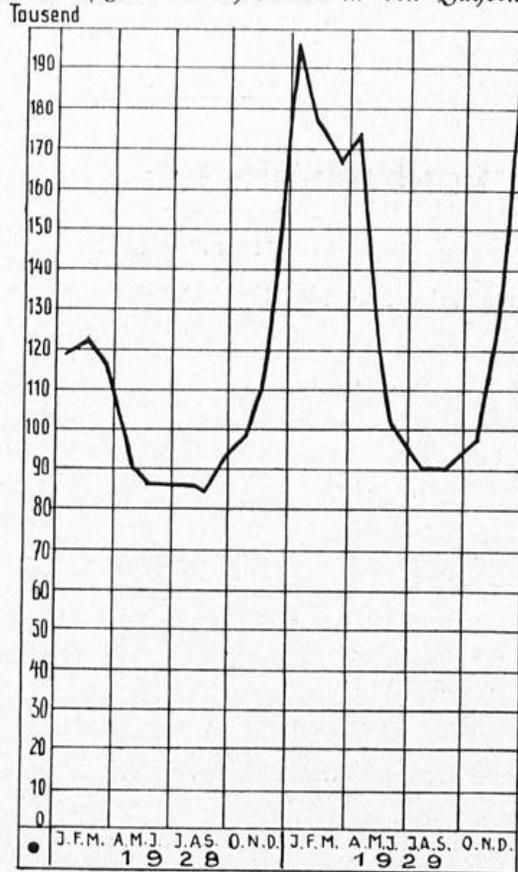
II. Personalien.

Herr Landrat, Geh. Regierungsrat Dr. Kaufmann, Euskirchen, trat am 1. April 1929 in den Ruhestand und schied daher auch aus dem Verwaltungsrat der Landesbank sowie aus der Kredit- und Revisions-Kommission aus; sein verdienstvolles Wirken für die Landesbank wird unvergessen bleiben. An seiner Stelle trat Herr Landrat Dr. Boden in den Verwaltungsrat ein.

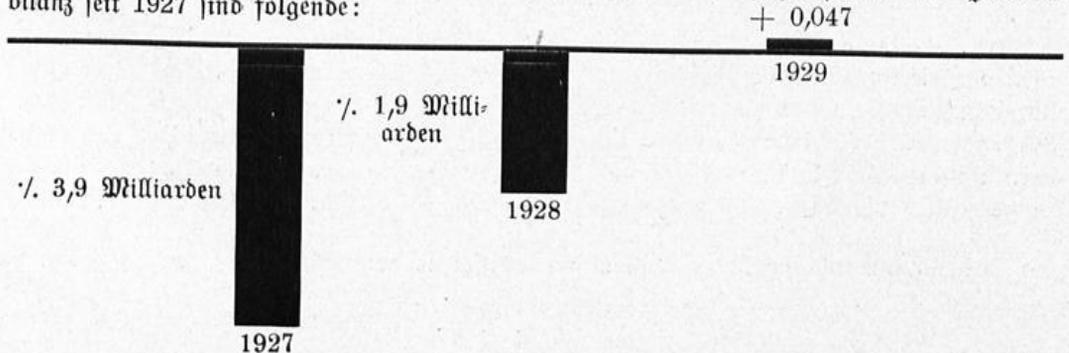
III. Allgemeiner Überblick über das Jahr 1929.

Für das Rheinland brachte das Jahr 1929 eine wesentliche Erleichterung und die Erfüllung langgehegter Wünsche, indem weitere Gebietsteile durch den Abzug der Besatzungstruppen von der Fremdherrschaft befreit wurden. Möge auch für die restlichen noch besetzten Gebiete in den nächsten Monaten die Stunde der Befreiung schlagen.

Der im Jahre 1928 bereits festzustellende Konjunkturabstieg setzte sich im abgelaufenen Jahre weiter fort und offenbarte sich besonders in weiterer Schrumpfung des Inlandabsatzes sowie in einer Zunahme der Wechselproteste, Konkurse und Vergleichsverfahren sowie in dem jeweils höheren Stand der Arbeitslosenziffer. Nachstehende Kurve zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Rheinland in den Jahren 1928 und 1929.



Der verringerte Inlandabsatz zwang zu forcierter Ausfuhr, mit dem Ergebnis, daß der mehrjährige Passivsaldo unserer Außenhandelsbilanz im abgelaufenen Jahre einem Aktivsaldo in Höhe von 47,6 Millionen RM weichen mußte. Die Jahresalden der Handelsbilanz seit 1927 sind folgende:



Das an sich günstige Ergebnis des Jahres 1929 wird allerdings dadurch beeinträchtigt, daß die erzielten Preise in vielen Fällen einen angemessenen Gewinn nicht in sich bergen. Es bleibt zu hoffen, daß die Aktivität weiter andauert und daß die weitere Durchführung bzw. Auswirkung der Rationalisierungsmaßnahmen, die Zusammenschlüsse sowie eine wirtschaftsfreundlichere Steuer- und Sozialpolitik zu einer Verbesserung der Gewinnchancen und damit auch der Kapitalbildung führen werden.

Die absteigende Konjunktur vermochte eine entsprechende Verflüssigung des Geldmarktes nicht auszulösen. Währungsbesorgnisse ließen im April und Mai den Zufluß von Spargeldern fast vollkommen versiegen; die New Yorker Börse mit ihren sich übersteigernden Kursen zog Gelder aus allen Ländern in ihren Bann, bis erst der Zusammenbruch wieder einen Teil derselben in die Heimatländer zurückströmen ließ. Der heimische Kapitalmarkt lag indessen verödet. Die Inlandanleihen erreichten nur die Höhe von 1,7 Milliarden RM gegenüber 3,0 Milliarden RM im Vorjahre. Da gleichzeitig auch die ausländischen Kapitalquellen nur spärlich flossen (0,6 Milliarden RM. Auslandanleihen gegenüber 1,7 Milliarden RM in 1928), wurde die Frage der Kapitalbeschaffung besonders akut und viel erörtert.

Besondere Sorge bereitete auch die wachsende Verschuldung der Kommunen, insbesondere deren kurzfristige Verschuldung. Um hier den notwendigen Wandel zu schaffen faßte der deutsche Städtetag den bekannten Beschluß, alle Städte zu größter Sparsamkeit zu veranlassen, alle irgendwie zurückstellbaren Projekte auf zwölf Monate zurückzustellen, von der kurzfristigen Finanzierung langfristiger Aufgaben abzusehen, die bestehende schwebende Schulden mit Hilfe des Spareinlagen-Zuwachses der Sparkassen zu konsolidieren, sowie etwa aufzulegende Anleihen nur im Einvernehmen mit den Spitzeninstituten herauszubringen. (Siehe auch Abschnitt „Kommunalkredit“ Seite 21.)

Für das öffentliche Bankwesen bedeutete es einen begrüßenswerten Fortschritt, daß die Landesbankzentrale und die deutsche Girozentrale sich zu einer auf zweckdienlichste Zusammenfassung aller Kräfte zielenden Interessengemeinschaft zusammenfanden.

In ihrem Bestreben, die kurzfristigen Auslandgelder durch erhöhte deutsche Kreditoren zu ersetzen, greift jetzt zunächst die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft zu dem Mittel, durch Ausgabe von Sparbriefen und durch Errichtung eines ausgedehnten Agentursystems auch an die Spargroschen derjenigen Bevölkerung heranzukommen, die man bisher als unbestrittene Sparkassenkundschaft anzusehen pflegte. Die öffentlichen Sparkassen werden diesem Vorstoß begeben müssen.

Dem Zuge der Zeit folgend haben im verflossenen Jahre auch die öffentlichen Geldinstitute sich in den Dienst der kollektiven Bauspartätigkeit gestellt. Die einzelnen Girozentralen und Landesbanken gliederten sich eine Bausparkasse als besondere Abteilung an, die nach einheitlichen, vom Deutschen Sparkassen- und Giroverbande ausgearbeiteten und vom Preuß. Minister des Innern generell genehmigten Richtlinien arbeiten. Indem diese Bausparkassen eine besondere Gewähr bieten für reelles Geschäftsgebahren und Sicherheit der Einlagen, und indem sie vermittels der den Girozentralen angeschlossenen Sparkassen überall leicht zugänglich sind, bedeuten sie eine wesentliche Förderung des Bausparwesens.

Die der Landesbank der Rheinprovinz angegliederte Bausparkasse entwickelt sich zufriedenstellend. Über die bisherige Entwicklung dieser Kasse unterrichtet ihr Geschäftsbericht Seite 26.

IV. Die Tätigkeit und Entwicklung der Landesbank.

1. Allgemeines.

Die in den Berichten der Vorjahre bereits erwähnten Maßnahmen zur Vereinfachung, Verbilligung und Beschleunigung des Betriebes wurden im Berichtsjahr weiter durchgeführt, insbesondere wurde die maschinelle Kontenführung überall da neu eingeführt, wo sie sich gegenüber der handschriftlichen Führung als vorteilhaft erweist. Im letzten Vierteljahr wurde eine weitere Vereinfachung und Beschleunigung des Betriebes dadurch erzielt, daß der entbehrliche Schriftwechsel in Fortfall kam und die Erteilung der Tageskontenauszüge am Tage der Abwicklung des Geschäftsvorfalles ermöglicht wurde. Gleichzeitig wurde damit eine vereinfachte Führung der Primanoten verbunden.

Die Hypothekenabteilung wurde neu organisiert, wodurch neben einer etwa 20%igen Personalsparnis eine große Beschleunigung im Verkehr mit der Kundschaft und eine schnellere Abwicklung der Darlehensgeschäfte erreicht wurde.

Durch die bisher zur Durchführung gekommenen Rationalisierungsmaßnahmen ist es gelungen, die Untkosten des Einzelpostens

von 5,01 RM im Jahre	1924
auf 1,43 „ „	1926
und 0,90 „ „	1928

Geld- und Kapitalmarkt.

Kommunale Umschuldungsaktion.

Interessengemeinschaft der Landesbankzentrale und deutschen Girozentrale.

Sparbriefe u. Agenturen der Privatbanken.

Öffentliche Bausparkassen.

Rationalisierung.

Kosten je Posten.

herabzudrücken. Im abgelaufenen Jahre wurde eine weitere Senkung dieser Kosten auf **0,72 RM**

erreicht. Der Erfolg der leztthin durchgeführten Vereinfachung dürfte sich jedoch erst im nächsten Jahre voll auswirken.

Revisions-
wesen.

Ferner ist die Revisionsabteilung der Zentrale, der die Durchführung einer einheitlichen Organisation für sämtliche Stellen obliegt, zur Zeit damit beschäftigt, eine Umstellung der Darlehensbuchhaltung auf maschinelle Kontenführung vorzunehmen, die im neuen Jahr durchgeführt wird.

Durch die Umstellung wird neben der Arbeitsvereinfachung eine Erhöhung der Betriebssicherheit erreicht, indem jedem Darlehensschuldner eine Rechnung, enthaltend den Darlehensrest und die Terminleistungen für das laufende Jahr erteilt wird, die vom Innenrevisor geprüft und versandt wird.

Dem Anwachsen der uns anvertrauten Vermögenswerte entsprechend, das in der Steigerung der Bilanzsumme zum Ausdruck kommt, haben wir uns die Erhöhung der Betriebssicherheit besonders angelegen sein lassen. Zu diesem Zweck wurde auch die in der Inflationszeit gegründete Revisionsabteilung weiter ausgebaut. Außer dem den einzelnen Abteilungen zugeteilten Kontrollpersonal wurden bei jeder Landesbankstelle Innenrevisoren bestellt, die mit der ständigen Überwachung des gesamten Geschäftsbetriebes betraut sind.

Zur Durchführung von unvermuteten, periodisch wiederkehrenden Revisionen der einzelnen Landesbankstellen, die im Auftrage der Generaldirektoren vorgenommen werden, steht uns ferner die treuhänderische Außenrevisionsabteilung als ständiger Stab mit Sitz bei der Zentrale zur Verfügung. Diese Revisionen werden als General-, Bilanz- und als Spartenrevisionen durchgeführt. Zur intensiveren Betriebsüberwachung werden diese Revisoren in einzelnen Fällen auch für einige Zeit als Kontrollorgane bei einzelnen Abteilungen zu dauernder Mitarbeit eingesetzt.

Kredit- und
Revisions-
kommission.

Der Entlastung des Verwaltungsrates in seiner Aufsichtsführung dient die aus Verwaltungsratsmitgliedern bestehende Kredit- und Revisionskommission, die neben der Vornahme eingehender Revisionen auch Gelegenheit findet, mannigfache Anregungen für ein enges Zusammenarbeiten zwischen Verwaltungsrat und Generaldirektion zu geben. Die Kommission besteht z. Zt. nach Ausscheiden des Herrn Geh. Reg.-Rats Dr. Kaufmann aus den beiden Herren Bürgermeister Grootens und Direktor Hoff.

Beamten-
Fortbildung.

Der Fortbildung unserer Beamtenschaft wandten wir auch im Berichtsjahre unser besonderes Interesse zu. Die im Dezember 1928 eingerichtete, der Fortbildung dienende Spezialbibliothek wurde durch Neuanschaffungen wesentlich erweitert und erfreut sich eifriger Benutzung. Den jüngeren Beamten wurden zur Erweiterung ihres Fach- und Allgemeinwissens Themen zu schriftlicher Ausarbeitung gestellt, die durchweg mit Fleiß und Geschick bearbeitet wurden und teilweise mit den Prädikaten sehr gut oder vorzüglich sowie mit einer Prämie in Gestalt eines wertvollen Buches bedacht werden konnten. Für die oberen Beamten fand ein Zyklus von Vorträgen statt, in dem

1. Herr Oberreg.-Rat a. D. Dr. ing. Rappaport, Essen, über „Die Übereinstimmung neuzeitlicher Entwicklung in Städtebau und Wirtschaft“;
2. Herr Ministerialrat Dr. Simons, Berlin, über „Ausgewählte Rechtsfragen des neuzeitlichen Sparkassenwesens“ und
3. Herr Landesverwaltungsrat Dr. Busley, Düsseldorf, über „Rheinische Architektur“ sprachen. Weiter sind bereits Herr Landesrat Dr. Kih, Düsseldorf, für einen Vortrag über „Ziele und Aussichten einer Verfassungs- und Verwaltungsreform“ und Herr Franz Zimmermann — Dramaturg des Schauspielhauses Düsseldorf — für einen Vortrag über „Die Situation des Theaters der Gegenwart“ gewonnen worden.

Geschichte der
Landesbank.

Zwecks Festlegung der Tätigkeit unseres Institutes während der anormalen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie zwecks Vorbereitung der ins Auge gefaßten Herausgabe einer erschöpfenden Darstellung der Geschichte der Landesbank und ihrer Rechtsvorgängerin, der Provinzial-Hilfskasse der Rheinprovinz, haben wir einige Teilgebiete von einzelnen Beamten ausarbeiten lassen. Es wurden folgende Gebiete behandelt:

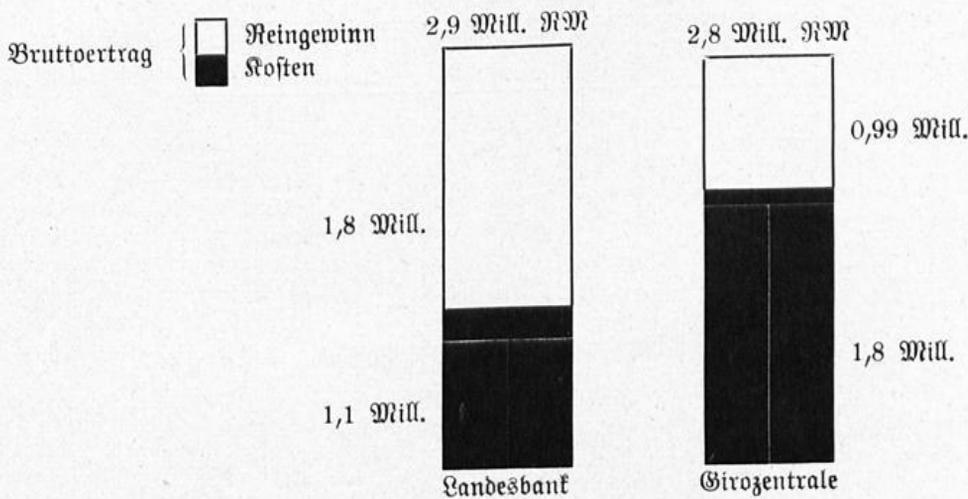
1. Das Papiernotgeld der Landesbank;
2. Kapitalfluchtgesetzgebung und Landesbank;
3. Das Reichsnotopfer;
4. Die Landesbank als Aufwertungsgläubigerin und Aufwertungsschuldnerin;
5. Die Kommunalkredite der Landesbank während der Inflationszeit;
6. Welches Betriebs- und Immobilien-Vermögen hatte die Landesbank Ende 1922 und 1923 und in welcher Weise rekonstruiert sie ihr heutiges?
7. Motive zu den Satzungsänderungen der Landesbank der Rheinprovinz;
8. Die Entwicklung der Landesbank der Rheinprovinz in der Zeit von 1922—1929.

So verschieden die Tätigkeit der Landesbank als Real- und Kommunalkreditinstitut einerseits und als Girozentrale der rheinischen Sparkassen andererseits ist, so verschieden sind auch die Gewinnchancen auf beiden Gebieten. Eine getrennte Aufstellung der anteiligen Unkosten und Erträgnisse ergab z. B. für das Jahr 1928 folgendes Bild:

Landesbank
und Giro-
zentrale.

	Kosten RM	Bruttoertrag RM	Reingewinn RM
Landesbank als solche	1 103 698,23	2 929 430,05	1 825 731,82
„ „ Girozentrale	1 851 938,45	2 845 406,48	993 468,03
das Gesamtinstitut	2 955 636,68	5 774 836,53	2 819 199,85

Das Verhältnis von Reingewinn und Kosten bei beiden Abteilungen ist veranschaulicht in nachstehender Darstellung:



In diesem Ergebnis kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß der Landesbank als Girozentrale auch Tätigkeiten obliegen, die keinen angemessenen materiellen Gewinn abwerfen oder gar als Zuschußparten angesprochen werden müssen, die aber trotzdem wegen ihres ideellen Wertes oder wegen etwaiger gewollter Nebenwirkungen durchgeführt werden. Im Berichtsjahr dürfte sich das Ertragsverhältnis nicht wesentlich geändert haben.

Wegen der besonders gearteten Verhältnisse des abgelaufenen Jahres wandten wir der steten Zahlungsbereitschaft erhöhte Aufmerksamkeit zu. Daß unser Institut jederzeit allen Überraschungen gegenüber gerüstet da stand, ergibt sich aus folgender Liquiditätstabelle:

Liquidität.

	Liquidität	
	1. Ordnung	2. Ordnung
Januar	172,48	43,90
Februar	164,90	45,62
März	164,84	41,18
April	144,64	36,26
Mai	123,10	33,01
Juni	192,60	35,62
Juli	223,70	38,86
August	225,20	40,24
September	175,20	36,26
Oktober	176,80	34,48
November	207,09	36,38
Dezember	119,20	30,96

Hierbei sind als liquide Mittel 1. Ordnung gerechnet:

1. Kasse,
2. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken,
3. täglich fällige Postguthaben,
4. Reports und Lombards,
5. Privatdiskonten und
6. jederzeit rediskontierbare Wechsel, denen die innerhalb sieben Tagen fälligen Verbindlichkeiten gegenübergestellt sind.

Umsatz- und Bilanzsumme.

Der Umsatz auf jeder Seite des Buches erreichte die Höhe von 24,05 Milliarden RM

und übersteigt somit denjenigen des Vorjahres (21,5 Milliarden RM) um 2,53 Milliarden RM.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Laufe des Jahres um 65,6 Millionen RM und beträgt am Jahresende

815,1 Millionen RM.

Nachstehend die Entwicklung seit 1913 bzw. 1924:

Jahr	Bilanzsumme Millionen RM	Umsatz Milliarden RM
1913	668,2	—
1924	100,6	5,78
1925	218,3	10,53
1926	354,0	16,88
1927	523,6	16,16
1928	749,5	21,51
1929	815,1	24,05

Umsatz bei der Abrechnungsstelle.

Der

Umsatz bei der Abrechnungsstelle

belief sich 1929 auf

664 277 688,10 RM

gegenüber 628,1 Millionen RM im Jahre 1928.

2. Landesbank und Kapitalmarkt.

Emission.

Die Emissionstätigkeit der Landesbank hielt sich entsprechend der Lage des Kapitalmarktes in engen Grenzen.

Am 19. Februar wurden

15 000 000.— RM 7% Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen der Landesbank der Rheinprovinz, 3. Ausgabe, rückzahlbar zu 102%

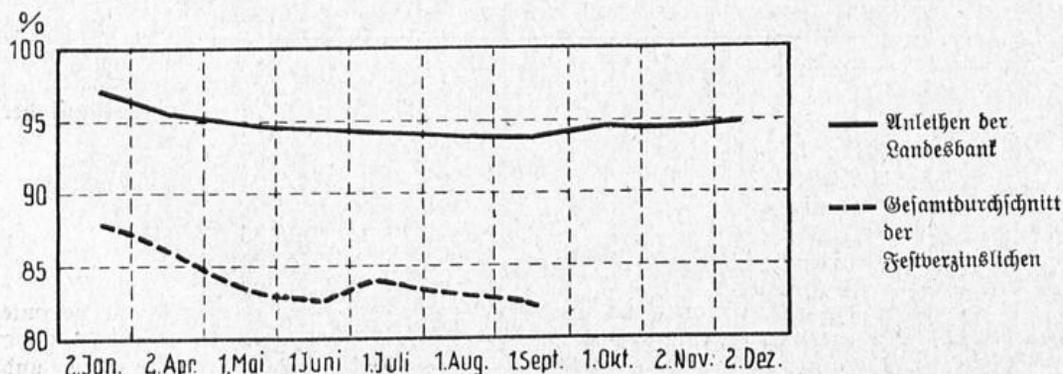
zum freihändigen Verkauf gebracht, wovon nach kurzer Zeit

nom. 12 000 000.— RM

begeben wurden. Dann stotzte der Absatz vollkommen.

Kurspflege.

Auf die Pflege der Kurse unserer Anleihen verwandten wir auch im Berichtsjahre die gewohnte Sorgfalt. Den Erfolg zeigt die nachstehende Darstellung, die einen Vergleich zieht zwischen den Gesamt-Durchschnittskursen der festverzinslichen Werte und den Kursen unserer eigenen Anleihen.



	2. Jan.	2. April	1. Mai	1. Juni	1. Juli	1. Aug.	1. Sept.	1. Okt.	2. Nov.	2. Dez.
I. Durchschnittskurse der Festverzinslichen										
a) 8% Werte	94,2	93,1	92,8	91,6	92,0	92,1	91,8			
b) 7% "	86,2	84,2	81,6	80,5	81,5	81,2	80,4			
c) 6% "	82,8	80,9	79,6	77,0	80,2	78,1	77,6			
Gesamtdurchschnitt	87,7	86,1	83,6	83,0	84,5	83,8	83,2			
II. Anleihen der Landesbank der Rheinprovinz										
a) 8% Pfandbriefe	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,25	101,6
b) 7% "	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0
c) 7% Kommunal-Obl.	94,0	93,5	92,5	92,0	91,0	91,0	91,0	92,0	92,0	92,0
d) 6% "	91,0	89,5	88,75	88,75	88,75	88,75	88,75	88,75	88,75	88,75
e) 6% Pfandbriefe	94,7	92,5	91,5	91,5	91,5	91,5	91,5	91,5	91,5	91,5
Durchschnitt	96,3	95,5	94,9	94,8	94,6	94,6	94,6	94,8	94,9	94,9

Unsere Anfang 1928 eingeleitete Aktion der Herceinnahme von 5 und 10 Jahresgeldern zum Zwecke der Konsolidierung kommunaler Vorschüsse und der Förderung des Hypothekengeschäfts (vgl. Geschäftsbericht 1928 S. 149), die uns bis Ende 1928 einen Zufluß von 60 360 000,— RM gebracht hatte, wurde im Berichtsjahr fortgesetzt und brachte uns einen Zufluß von weiteren

Herceinnahme von 5—10 Jahresgeldern.

15 702 500.— RM.

Nachstehend die Entwicklung der langfristigen Gläubigerfonten:

Bestand am 31. Dezember 1928	64 823 500,— RM
Zugang in 1929	15 702 500,— "
	80 526 000,— RM
Abgang in 1929	5 865 000,— "
Bestand am 31. Dez. 1929	74 661 000,— RM

An diesem Bestand sind beteiligt:

1. die Sparkassen mit	48 857 500,— RM
2. der Provinzialverband und dessen Anstalten	19 181 000,— "
3. Korporationen und deren Anstalten	3 565 000,— "
4. Sonstige	3 057 500,— "
	74 661 000,— RM

An der Berliner, Frankfurter, Kölner, Düsseldorfer und Essener Börse wurden im August 1929

15 000 000.— RM 7% Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen der Landesbank der Rheinprovinz, 3. Ausgabe

zum Kurse von 93% zur Einführung gebracht.

Im November ds. Jrs. wurde die vorstehende Anleihe im Lombardverkehr mit der Reichsmark zugelassen.

Im gleichen Monat wurde noch ein Restbetrag von

nom. 392 200,— RM Ablösungsanleihe der Rheinprovinz mit Auslosungsscheinen (Nr. 868—904)

an sämtlichen vorgenannten Börsen zur Einführung gebracht, so daß nunmehr die gesamte Ablösungsanleihe der Rheinprovinz mit Auslosungsscheinen im Gesamtbetrage von nom. 9 582 400,— RM Nennwert = 47 912 000,— RM Rückzahlungswert zugelassen und lieferbar ist.

Börseneinführung eigener Emissionen.

Ferner hat die Landesbank ihre

- 6% Goldpfandbriefe, Ausgabe 1 und 2,
- 7% Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen, Ausgabe 1 a und 1 b,
- 6% Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen, 2. Ausgabe,

an der im Mai ds. Jrs. neu ins Leben gerufenen Börse in Luxemburg zum amtlichen Handel und zur Notierung eingeführt.

Börsen-
einführung
fremder
Werte.

An der Düsseldorf-Essener Börse hat die Landesbank noch nachstehende Emissionen zur Einführung gebracht:

Im April:	3 000 000,—	RM 8%	Westfäl. Pfandbriefamt für Hausgrundstücke Goldpfandbriefe R. 1 (Erweiterungsausgabe)
Im November:	10 000 000,—	RM 8%	Landesbank der Prov. Westfalen Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen v. 29 R. 3. (Erweiterungsausgabe) und
	15 000 000,—	RM 8%	Landesbank der Prov. Westfalen Goldpfandbriefe v. 29 R. 1.

Die Landes-
bank als
Konfortiums-
mitglied.

Die Landesbank der Rheinprovinz war im Jahre 1929 bei der Unterbringung folgender Anleihen als Konfortiumsmitglied, als Zeichnungsstelle oder in anderer Weise beteiligt:

a)	7%	steuerfreie Deutsche Reichsanleihe von 1929	1 845 300,—	RM
	7%	Preußische Schatzanweisungen, fällig 20. Januar 1931 mit 100%	8 855 000,—	"
	7%	Preußische Schatzanweisungen, fällig 20. Januar 1933 mit 102%	12 285 500,—	"
	8%	Deutsche Kommunal-Goldanleihe von 1928, 3. Ausgabe	1 697 700,—	"
	8%	Deutsche Kommunal-Goldanleihe von 1929, 1. Ausgabe	16 700,—	"
	8%	Mitteldeutsche Landesbankanleihe von 1929	50 000,—	"
	8%	Braunschweigische Staatsanleihe von 1929	50 000,—	"
	8%	Braunschweigische Staatsbank Goldpfandbriefe	50 000,—	"
	8%	Hannoversche Provinzialanleihe von 1929	251 000,—	"
	8%	Nachener Stadtanleihe von 1929	1 025 000,—	"
	8%	Berliner Stadtschatzweisungen von 1929	225 000,—	"
	8%	Böhrmer Stadtanleihe von 1929	100 000,—	"
	8%	Bonner Stadtanleihe von 1929	923 700,—	"
	8%	Casseler Stadtanleihe von 1929	117 800,—	"
	8%	Elberfelder Stadtanleihe von 1928	81 200,—	"
	8%	Kölner Stadtschatzweisungen von 1929	1 948 500,—	"
		Unverzinsliche Deutsche Reichsschatzweisungen	11 800 000,—	"
		Unverzinsliche Preuß. RM-Schatzweisungen	37 422 000,—	"
			<u>Ca. 78 744 400,—</u>	<u>RM</u>

b) Ferner hat die Landesbank der Rheinprovinz bei der Platzierung folgender Werte noch mitgewirkt:

- 6½% Reichspostschatzweisungen,
- 6% auslosbare Preußische Schatzweisungen von 1928,
- 6½% dergl. fällig 1. Oktober 1930,
- 8% Braunschweigische Staatschatzweisungen,
- 8% Bayerische Staatschatzweisungen,
- 8% Hessische Staatsanleihe,
- 7% Deutsche Kommunal-Schatzweisungen,
- 8% Breslauer Stadtschatzweisungen,
- 5% Frankfurter Stadtschatzweisungen,
- 8% dergl.,
- 8% Königsberger Stadtanleihe,
- 5% Münchener Stadtschatzweisungen,
- 8% dergl.,
- 8% Preußische Landespfandbriefanstalt Goldpfandbriefe,
- 8% dergl. Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen,
- 8% Nassauische Landesbank Kommunal-Schuldverschreibungen,
- 8% Rheinisch-Westfälische Boden-Creditbank Goldpfandbriefe,

8%	dergl. Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen,
8%	Westdeutsche Boden-Credit-Anstalt Goldpfandbriefe,
8%	Landesbank Westfalen Feingoldanleihe,
8%	Landesbank Westfalen Goldpfandbriefe,
8%	Preussische Zentralstadtschaft Goldpfandbriefe
8%	Preussische Zentral-Bodenkredit Goldpfandbriefe,
8%	dergl. Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen,
8%	Preussische Pfandbriefbank Goldpfandbriefe,

zusammen 3 050 300,— RM.

Von vorstehend unter a) und b) verzeichneten Werten hat die Landesbank der Rheinprovinz demnach insgesamt eine Summe von rund

nom. 82 000 000 RM

übernommen oder in andere Hände übergeleitet.

3. Hypothekenkredit.

Nachdem wir Ende des Jahres 1928 das Hypothekengeschäft aus Pfandbrief- und eigenen Mitteln hatten völlig einstellen müssen, konnte dasselbe Anfang 1929 in beschränktem Umfange mit Hilfe der hereingenommenen fünf Jahresgelder wieder aufgenommen werden. Mittel durch Auflegung einer neuen Pfandbrief-Anleihe zu beschaffen erschien bei der bekannten Lage des Kapitalmarktes untunlich, zumal die Landesbank bei ihrer auf Gewährung von Darlehen zu wirklich tragbaren Bedingungen gerichteten Kreditpolitik an zu hoch verzinslichen Emissionen kein Interesse haben kann. Sie hält an ihrem Grundsatz: entweder Kredite zu tragbaren Bedingungen oder gar keine Kredite, unentwegt fest.

Es wurden

637	Einzeldarlehen mit 4 439 230,— RM bewilligt,	
auf 125	" " 710 700,— " wurde verzichtet,	
so daß 512	" " 3 728 530,— " endgültig in Arbeit	

Umfang der
Hypotheken=
gewährung.

genommen wurden, und zwar

439	ländliche Darlehen mit 2 876 580,— RM
73	städtische " " 851 950,— "
insgesamt 512	Darlehen mit 3 728 530,— RM

Von früher bewilligten Darlehen wurden im Jahre 1929 noch ausgezahlt

177 Darlehen mit 1 861 326,76 RM

Von den im Jahre 1929 bewilligten Darlehen sind noch nicht abgewickelt

40 Darlehen mit 292 840,29 RM.

Die 1929 bewilligten Darlehen fanden Verwendung für folgende Zwecke:

Neu- und Umbauten	734 035,— RM	Verwendungs= zwecke.	
Ablösung untragbarer Hypotheken	884 520,— "		
Ablösung von Wechsel-, Hand- und Bankschulden	1 037 325,— "		
Abfindungen, Auseinandersetzungen, Aussteuern und Studentenkosten	379 250,— "		
Land- und Hauskauf	196 950,— "		
Viehbeschaffung	66 370,— "		
Verschiedenes (Kraft- und Lichtanlagen, Maschinen-, Saatgut- und Kunstdüngerbeschaffung u. a. m.)	430 080,— "		
	<hr/>		
	3 728 530,— RM		

Außerdem wurden im Geschäftsjahre neu ausgezahlt:

aus Rentenbankmitteln	89 Darlehen mit 6 101 172,99 RM	Sonstige Hypotheken.
aus der Ausland-Wohnungsbauanleihe	34 " " 728 390,— "	
aus eigenen Mitteln zu Wohnungsbauten	75 " " 841 003,83 "	
aus Mitteln für verbilligte Kredite	104 " " 275 187,50 "	
aus Mitteln der Reichsumschuldungsaktion	732 " " 3 122 364,10 "	
als Siedlungskredite	16 " " 127 800,— "	
	<hr/>	
	11 195 918,42 RM	

Umwandlung der Golddiskontbank-Darlehen. Umgewandelt wurden 658 Golddiskontbank-Darlehen im Betrage von 4 005 522,90 RM

und außerdem 119 Darlehen aus Landesbankmitteln zu Golddiskontbankbedingungen im Betrage von

805 310,— RM.

Näheres über diese Aktion sowie über die Durchführung der Reichsumschuldungsaktion enthält der folgende Abschnitt: „Förderung der Landwirtschaft“.

Gesamthypothekenbestand. Der Gesamthypothekenbestand betrug am Jahresende 68 668 347,29 RM.

Zinseingang. Die Zinszahlung ließ zu Beginn des Jahres 1929 trotz der vorausgegangenen guten Ernte zu wünschen übrig, besonders in den Kartoffelbaugebieten. Seit dem letzten Herbst dagegen sind die Zinseingänge wieder befriedigend.

Zwangsvorsteigerungen. Die Landesbank war 1929 insgesamt an 79 Zwangsversteigerungen beteiligt; hiervon wurden 65 von dritter Seite eingeleitet, während in 14 Fällen die Landesbank betreibende Gläubigerin war oder dem Verfahren beigetreten ist. In der Mehrzahl handelte es sich um Aufwertungsdarlehen. Eine große Anzahl Verfahren wurde vorläufig wieder eingestellt oder aufgehoben. Es gelangten 15 Verfahren zur Durchführung, wobei wir für unsere Forderungen Befriedigung erlangten oder die Hypotheken belassen wurden. In einem Falle erlitten wir infolge unserer durch das Aufwertungsgesetz verminderten Rangstelle an unserer Masse einen Ausfall von 6 936,38 RM.

4. Förderung der Landwirtschaft durch die Landesbank.

Förderung der Landwirtschaft bedeutet für ein Kreditinstitut die Hergabe solcher Agrarkredite, deren Bedingungen vereinbar sind mit der landwirtschaftlichen Rentabilität. Darlehen, die diesem Grundsatz zuwiderlaufen, zehren von der Substanz des Betriebes und verschlechtern fortschreitend die Lage des Schuldners, anstatt sie zu verbessern. Wie die Landesbank der Rheinprovinz seit der Währungsstabilisierung stets nach dieser Maxime handelte, haben wir im vorjährigen Geschäftsbericht eingehender dargelegt. Auch im Berichtsjahre waren wir mit allen Kräften bemüht, unserer notleidenden Landwirtschaft in ihrem Existenzkampf wirksame Hilfe zu bringen.

Vorzugsbedingungen. Zunächst erfährt die Landwirtschaft eine Vorzugsbehandlung bei Festsetzung der Bedingungen für Realkredit. Diese Bedingungen waren z. B. vom 24. Januar bis 6. Juni 1929

für ländliche Darlehen 7% Zinsen, 1/2% Tilgung, 91% Auszahlung,
für städtische Darlehen 8% Zinsen, 1/2% Tilgung, 93% Auszahlung.

Zinsverbilligung. Darüber hinaus gewährt die Landesbank seit 1926 zu den aus höher verzinslichen Anleihen gewährten und entsprechend hoch verzinslichen ländlichen Darlehen Zinszuschüsse aus dem Jahresgewinn des Institutes. Bis Ende 1928 hatte sie für diesen Zweck

538 000,— RM

aufgewandt. Im Jahre 1929 fanden weitere

168 486,54 RM

für diese Zinsverbilligungsaktion Verwendung, so daß nunmehr insgesamt

706 486,54 RM

als Zinszuschüsse gewährt sind.

Verbilligte Kredite. Für die infolge der Boden- und klimatischen Verhältnisse besonders notleidenden Gebiete der Eifel, des Hunsrücks und Westerwaldes führt die Landesbank seit Ende 1927 eine Stützungsaktion durch, indem sie einen Betrag von 3 080 000,— RM bereitstellte, aus dem sie Darlehen zu 5 1/2% Zinsen bei 93,25% Auszahlung gewährt. Verschiedene Beträge wurden ausgesondert für besondere Zwecke und zwar:

500 000,— RM als Siedlungskredite an Landwirte in der Ost- und Westmark.	Siedl.-Kredite
300 000,— RM an die Raiffeisenbank Koblenz zur Weitergabe an solche Darlehensnehmer, die im Hauptberufe nicht Landwirte sind, und deren landwirtschaftlicher Besitz keine selbständige Adernahrung darstellt. Dieser Kredit diente vor allem zur Wiederinstandsetzung von Gebäuden.	Kredite für gemischte Unternehmungen.
200 000,— RM an den Landeshauptmann als Viehleihtasse. Diese Kredite werden an Kommunalverbände gegeben, die Vieh dafür beschaffen und es den Eingewesenen des Verbandes leihen.	Viehleihtasse.
<hr/>	
1 000 000,— RM	

Im Berichtsjahre gelangten als verbilligte Kredite zur Auszahlung
104 Stück mit 275 187.50 RM.

Der für die Aktion bereitgestellte Betrag ist hiermit bis auf einen kleinen Restbetrag erschöpft.

Die landwirtschaftliche Reichsumschuldungsaktion wurde im Rheinlande in diesem Geschäftsjahre zu Ende geführt. Der Landesbank standen 3 136 875,— Goldmark dafür zur Verfügung; dieser Betrag erscheint im Vergleich zu den auf andere Provinzen entfallenen Summen recht gering, wenn man bedenkt, daß die Einwohnerzahl der Rheinprovinz 7 221 675 Personen beträgt, von denen 1 600 000 in der Landwirtschaft in 399 452 Betrieben tätig sind und daß die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Provinz 1 603 761,2 ha ausmacht.

Reichsumschuldungsaktion.

Eine Orientierungsrundfrage bei den zuständigen rheinischen Organisationen ließ indes einen über den Betrag von 3 136 875,— Goldmark hinausgehenden Kapitalbedarf nicht vermuten. Erst bei fortschreitender Versteifung des Geld- und Kapitalmarktes zeigte sich, daß die rheinischen Landwirte trotz vorheriger Abneigung gegen die Umschuldungsbedingungen im Laufe der Aktion vermehrtes Interesse zeigten.

Die Umschuldungsdarlehen wurden unter folgenden Bedingungen ausgegeben:

1. Umschuldungshypotheken: Auszahlung 92,8%, Verzinsung 6½%, jährlicher Verwaltungskostenbeitrag ¾% vom Nominalbetrag, Tilgung 1,17% jährlich, mithin Gesamtleistung 8,42% ohne Berücksichtigung des Disagios. Seitens der Landesbank unkündbar, vorgesehene Laufzeit etwa 28 Jahre.
2. Kleinbauern- und Pächterkredite: Die Bedingungen sind die gleichen wie zu 1., jedoch beträgt der jährliche Verwaltungskostenbeitrag 1% und die Gesamtleistung mithin 8,67% ohne Berücksichtigung des Disagios. Die Kredite sind mit je einem Drittel am 1. Juni 1933, 1934 und 1935 fällig, jedoch mit Aussicht auf Prolongation.

Insgesamt sind 983 Anträge eingegangen.

Der Arbeitsausschuß für Umschuldungskredite hat die Anträge in 11 Sitzungen durchberaten und

158 Anträge in Gesamthöhe von 1 513 053,— Goldmark	gegen Hypothekenbestellung,
25 " " " " 122 850,—	als Pächterkredite, und
554 " " " " 1 500 972,—	als Kleinbauern bzw. Kleinpächterkredite

bewilligen können.

174 Anträge mußten abgelehnt werden, weil sie den für die Umschuldung erlassenen Richtlinien nicht entsprachen.

Die bewilligten Kredite verteilen sich auf die einzelnen Regierungsbezirke wie folgt:

Nachen	142 Darlehen in Gesamthöhe von	410 335,— Goldmark
Düsseldorf	106 " " " "	992 980,— "
Koblenz	159 " " " "	617 063,— "
Köln	49 " " " "	264 755,— "
Trier	281 " " " "	851 722,— "

737 Darlehen in Gesamthöhe von 3 136 855,— Goldmark.

Die landwirtschaftlichen Notstandsgebiete, z. B. die Kreise Wadern, Monschau und Wittlich sind in erheblichem Maße berücksichtigt worden.

IV. Landesbank der Rheinprovinz.

Nach der Größe der Betriebe verteilen sich die Kredite (sämtliche Kreditarten zusammengefaßt) wie folgt:

bis 5	über 5—10	über 10—20	über 20—50	über 50—100	über 100—200	über 200—500 ha
448	108	97	71	10	2	1

Wir hoffen, durch die Umschuldungsaktion eine erhebliche Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe vor dem Zusammenbruch bewahrt zu haben. Unsere bisherigen Erfahrungen mit der Umschuldung sind günstiger als wir zunächst erwarten durften. Nur vereinzelt sind Zahlungsschwierigkeiten der Kreditnehmer aufgetreten, jedoch waren bisher keine Zwangsvollstreckungsmaßnahmen erforderlich.

Der Rheinischen Landwirtschaftskammer, den Rheinischen Genossenschaften, den Mitgliedern der Kreditausschüsse und des Arbeitsausschusses, allen, die durch ihre wertvolle Sachkenntnis und ihr verständnisvolles Eingehen auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft die Durchführung dieser Sanierungsaktion wesentlich gefördert haben, sei auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

Pächterkredite.

Neben den vorgenannten Pächter-Umschuldungskrediten hat die Landesbank auch Pächterkredite auf Grund des sogen. Pächterkreditgesetzes gewährt. Zu den im Jahre 1928 bewilligten und ausgezahlten zwei Krediten im Gesamtbetrage von 13 000 RM traten 1929 zwölf weitere Kredite mit 46 000 RM, so daß z. Zt. vierzehn Pächterkredite mit

59 900,— RM

laufen. Diese Kredite wurden zu 1% über Reichsbank-Lombardsatz ausgegeben. Auf Grund der gemachten Erfahrungen mußten wir uns bezüglich der Pächterkredite Zurückhaltung auferlegen. Infolge unzulänglicher Gesetzesbestimmungen haben sich die für diese Kredite gegebenen Sicherheiten als für ein Zentralkreditinstitut unzureichend erwiesen.

Hypotheken aus Rentenbankmitteln.

Aus

Mitteln der Rentenbankkreditanstalt

(II. und III. Amerikanleihe) konnten wir weitere

89 Darlehen mit 610 172,99 RM

zur Auszahlung bringen. Aus der Durchschnittshöhe dieser Darlehen (6850,— RM) ergibt sich die besondere Förderung auch der kleinen Landwirte.

Kurzfristige Kredite.

Zu den aus dem Vorjahre übernommenen Bestand an kurzfristigen landwirtschaftlichen Krediten in Höhe von 3 479 488,76 RM hat die Bank im verflossenen Jahre weitere

727 525.50 RM

neu gewährt bzw. ausgezahlt und zwar:

1. Silokredite	22 964,—	RM
2. Verbilligte Molkereikredite	284 000,—	"
3. Bevorschussung der letzten Weinernte	45 000,—	"
4. Zinsverbilligungsaktion zur Förderung des Absatzes von Original-Winterjaatgut	4 661,50	"
5. Kommunal-kredite für landwirtschaftliche Zwecke		
a) Meliorationskredite	359 700,—	"
b) Korbweidenkredite	11 200,—	"
	<u>727 525,50</u>	RM

Zurückgezahlt wurden in der gleichen Zeit 1 015 982,24 RM, so daß Ende 1929 ein Bestand von

3 191 032.02 RM

verbleibt. Er setzt sich zusammen wie folgt:

1. Silokredit	70 006,—	RM
2. Verbilligte Molkereikredite	468 600,—	"
3. Bevorschussung der Weinernte	20 000,—	"
4. Zinsverbilligungsaktion zur Förderung des Absatzes von Original-Winterjaatgut	4 661,50	"
5. Garten- und Gemüsebaukredite	70 000,—	"
6. Abzahlungskredit für landw. Kleinbesitz	1 709 640,52	"
7. Landwirtschaftlicher Wechselkredit	4 350,—	"
8. Kommunal-Meliorationskredit	689 410,—	"
9. Korbweidenkredite	154 364,—	"
	<u>3 191 032,02</u>	RM

Zu den bis jetzt genannten mehr oder weniger als Sonderkredite anzusprechenden Darlehen treten die aus Pfandbrief- und sonstigen eigenen Mitteln gewährten Hypothekendarlehen. Von den im Berichtsjahr bewilligten 512 Hypotheken mit 3 728 530,— RM sind nicht weniger als

439 Stück mit 2 876 580.— RM

ländliche Darlehen. In dieser Summe sind die bereits erwähnten zwölf Pächterkredite mit 46 900,— RM mitenthalten.

Diejenigen Landwirte, die im Jahre 1926 die damals verhältnismäßig günstigen Kredite der Golddiskontbank durch unsere Vermittlung aufgenommen hatten, konnten wir im Berichtsjahre von schwerer Rückzahlungssorge befreien. Der Kredit in Höhe von ursprünglich 5 000 000 RM war in drei Raten — 1929, 1930 und 1931 — zurückzuzahlen. Die Landesbank hat diesen Kredit für eigene Rechnung, beiderseits fünf Jahre unkündbar, übernommen, so daß auch die Landwirte fünf weitere Jahre im Genusse dieser Darlehen verbleiben können. Es handelt sich um

658 Darlehen mit 4 005 522.90 RM.

Die neuen Bedingungen sind folgende: Zinsen $7\frac{1}{2}\%$; Tilgung $\frac{1}{2}\%$ zuzüglich der durch erfolgte Tilgung ersparten Zinsen; Geldbeschaffungskosten 2%. Die Darlehen sind bis zum 15. April 1934 seitens der Landesbank unkündbar; dann greift dreimonatige Kündigungsfrist Platz.

Zu den gleichen Bedingungen haben wir

119 Darlehen mit 805 310.— RM

die wir 1926 aus eigenen Mitteln zu den Bedingungen der Golddiskontbank gegeben hatten, auf weitere fünf Jahre belassen.

So hat die Landesbank im Jahre 1929 der Landwirtschaft durch Neugewährung und Umschuldung

12 652 560,43 RM

zugeführt und damit ihre Gesamtleistung für die Landwirtschaft seit 1924 auf

90 340 611,43 RM

erhöht.

5. Förderung der Bautätigkeit.

Annähernd 40 Millionen RM hat die Landesbank im Jahre 1929 zur Förderung des Wohnungsbaues aufgewandt.

Aus Pfandbriefmitteln gelangten

173 Darlehen mit 1 406 251.96 RM

zur Auszahlung. Die Durchschnittshöhe dieser Hypotheken beträgt 8 122,— RM.

Aus Mitteln der Auslandsanleihe der Landesbankenzentrale wurden bewilligt 10 Darlehen mit 69 230 RM.

Ausgezahlt wurden einschließlich der 1928 bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Darlehen

34 Stück mit 728 390.— RM.

Daneben wurden aus eigenen Mitteln noch

75 Darlehen mit 841 003.83 RM

zur Auszahlung gebracht.

In noch größerem Umfange als im Vorjahre wurden der

kommunalen Bautätigkeit

Mittel zugeführt. Von dem gesamten, im Jahre 1929 von uns gewährten Kommunal-kredit in Höhe von 97 199 500,50 RM fanden gemäß der Aufstellung auf Seite 142

24 652 809,— RM

als Baugelder Verwendung. Davon entfallen

auf Wohnungsbau 17 894 405,— RM

auf Bau und Einrichtung öffentlicher Gebäude 6 758 404,— „

24 652 809,— RM

Ländl. Hypo-
theken aus
Pfandbrief-
bzw. eigenen
Mitteln.

Umwandlung
der Gold-
diskontbank-
kredite.

Baudarlehen
aus Pfand-
briefmitteln.

Auslands-
anleihe der
Landesbanken-
zentrale.

Baudarlehen
aus eigenen
Mitteln.

Kommunale
Bautätigkeit.

Von der Gesamtsumme sind

kurzfristig . .	10 709 649,—	RM
langfristig . .	13 943 160,—	„
	<hr/>	
	24 652 809,—	RM

gegeben.

Förderung des
Kleinwoh-
nungsbaues.
a) Darlehen
aus eigenen
Mitteln.

Ansehnliche Beträge wurden im Berichtsjahr durch Vermittlung der Rheinischen Wohnungsfürsorge G. m. b. H. dem Wohnungsbau als Kleinwohnungs-
bau = Zwischenkredite von uns zugeführt. Aus eigenen Mitteln gelangten

5 524 600,— RM

zur Auszahlung, während 1 765 298,99 RM der bestehenden Kredite in langfristige Dar-
lehen umgewandelt wurden und 2 114 891,69 RM wieder zu uns zurückflossen. Der Be-
stand am Jahresende beträgt

23 198 624.89 RM.

Der Zinssatz dieser Darlehen ist gleich demjenigen der kurzfristigen Kommunalkredite.

b) Umwand-
lung der
Reichszwi-
schenkredite

Der aus 1928 übernommene Restbestand an Reichszwischenkrediten in Höhe
von 1 226 100,— RM wurde im Berichtsjahr aus eigenen Mitteln langfristig für die
Dauer von fünf Jahren zu 2% über Reichsbank-Diskontsatz übernommen. Der Bestand
an umgewandelten Reichszwischenkrediten ist am Jahresende

14 740 464.20 RM.

Sonstige
Zwischen-
kredite.

Als weitere Aktionen zugunsten des Wohnungsbaues sind noch zu nennen

1. die Kredite für besondere Notstandsgebiete,
2. Wohnbauaktion für Minderbemittelte, wofür die Landesversicherungsanstalt uns
Mittel bereitstellte,
3. Finanzierung staatlicher Beamten-Wohnungsbauten,
4. Beamten-Wohnbaukredite an den Provinzialverband.

Alle diese Kredite wurden zu Vorzugs-Zinssätzen gewährt. Es wurden im Berichtsjahr
ausgezahlt

4 858 175.25 RM.

Der Bestand am Jahresende ist

29 748 587.29 RM.

Gesamt-
leistung für den
Wohnungs-
bau.

Die Landesbank hat demnach dem Wohnungsbau im Jahre 1929 insgesamt die
Summe von

39 237 330.04 RM

zugeführt und damit ihre Gesamtleistung seit 1924 auf

178 188 654.54 RM

erhöht.

6. Das Kommunalkreditgeschäft.

Kommunale
Umschuldungs-
aktion.

Infolge der wachsenden Aufgaben der Kommunen bei gleichzeitiger Einengung ihrer
Einnahmequellen, der Unergiebigkeit des heimischen Kapitalmarktes sowie der Abdrängung
der Kommunen vom ausländischen Kapitalmarkt seitens der Beratungsstelle, deren Tätigkeit
sich mehr und mehr als unfruchtbar und zweckwidrig darstellt, ist die kurzfristige Kommunal-
verschuldung zu einer Höhe angewachsen, die verhängnisvoll zu werden droht. Um der
drohenden Katastrophe vorzubeugen, rief der deutsche Städtetag Ende Oktober 1929 zu
einer Umschuldungs- bzw. Sanierungsaktion auf, als deren Träger die Sparkassen und
Girozentralen ausersehen wurden. Die Einzelheiten sind in der Presse eingehend erörtert
worden und können als bekannt vorausgesetzt werden.

In Verfolg der Berliner Beschlüsse trat die Landesbank der Rheinprovinz am
23. November als erstes Institut mit einem Appell an die Kommunen und Sparkassen

ihres Bezirks hervor, in dem sie die Kommunen zu genauer Darlegung der Schulverhältnisse aufforderte und die Sparkassen aufrief, sich vollzählig in den Dienst der Umschuldungsaktion zu stellen.

Bis zu 50% des Spareinlagenzuwachses sollen die Sparkassen an die Landesbank abführen gegen bei der Landesbank lombardfähigen Schuldschein, bei einem Zinsfuß von 8% und 95% Auszahlung. Die Tilgung beträgt 1½%, so daß die Tilgungsdauer rd. 24 Jahre beträgt. Entsprechend sind die Bedingungen für die von der Landesbank an die Kommunen gegen Schuldscheine zu begebenden Konsolidierungsdarlehen, nämlich

1. Zinsfuß 8%
2. Auszahlung 93%
3. Tilgung 1,5% (24 Jahre Laufzeit)
4. jährl. Verwaltungskostenbeitrag 0,25% vom Kapitalsrest.

Die Effektivverzinsung stellt sich für die Kommune auf 8,89%. Nach Ablauf von fünf Jahren kann das Darlehen von der Kommune ganz oder teilweise unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zurückgezahlt werden. Erschwert und verzögert wird die Umschuldungsaktion durch den verminderten Zufluß von Einlagen bei den Sparkassen. Einem Zugang von 368,8 Millionen RM Spareinlagen bei den rheinischen Sparkassen im Jahre 1928 steht im Jahre 1929 nur ein Zugang von 259,9 Millionen RM gegenüber.

Daß infolge des kommunalen Umschuldungs- und Sanierungsprogramms die Sparkassen ihre Hypotheken- und sonstigen Privatkredite werden einengen und die Kommunen ihre Aufträge an Handel und Industrie werden kürzen müssen, trifft die in der Depression befindliche Privatwirtschaft zwar hart, es geht aber andererseits nicht an, daß ein und dieselben Interessenten immer lauter und ungestümer äußerste Sparjamkeit der öffentlichen Hand und allseitige Einengung derselben verlangen, gleichzeitig aber auch möglichst umfangreiche Aufträge von ihr erwarten.

Wir hoffen, daß unsere Aktion in gleichzeitiger Zusammenarbeit mit den uns nahestehenden Banken die finanzielle Lage unserer Kommunen bereinigen und festigen und gleichzeitig einen günstigen Einfluß auf den heimischen Geld- und Kapitalmarkt sowie auf die Zinsverhältnisse ausüben wird.

An dieser Stelle verfehlen wir nicht zu erwähnen, daß unsere sorgfältig gepflegten Beziehungen zu den Privatbanken zu nicht geringem Teil uns die Finanzierung der uns obliegenden Aufgaben ermöglichten.

In das Jahr 1929 trat die Landesbank mit einem Bestand von
rd. 201 000 000,— RM kurzfristigen und
268 000 000,— „ langfristigen

Kommunal-
kredit 1929.

Kommunalkrediten. Die im Berichtsjahre gewährten langfristigen Darlehen, die wir aus dem Ertrag der im Februar aufgelegten Emission von 7% Goldkommunal-Schuldverschreibungen und aus dem weiteren Zufluß von fünf Jahresgeldern seitens der Sparkassen bewilligen konnten, dienten vor allem der Konsolidierung schwebender Kommunalschulden.

Im einzelnen gestaltete sich das kommunale Darlehensgeschäft wie folgt:

Betrag und
Anzahl der
Kredite.

	kurzfristig		langfristig	
	Stück	Betrag	Stück	Betrag
bewilligt wurden	617	46 964 640.— RM	730	52 720 499.— RM
verzichtet wurde auf	137	4 119 856.— „	392	8 873 544.— „
verbleiben	480	42 844 784.— RM	338	43 846 955.— RM
Auszahlung bis Jahresende einschließlich 1928 bewilligter aber noch nicht ausgezahlter Darlehen	457	44 189 635.50 „	397	53 009 865.— „

Von den bei der Landesbank laufenden kurzfristigen Krediten wurden im Laufe des Jahres getilgt

Tilgung
kurzfristiger
Kredite.

- a) durch Rückzahlung 16 356 104,88 RM
 - b) „ Konsolidierung 19 733 394,83 „
- 36 089 499,71 RM

Verteilung auf
die einzelnen
Kreditnehmer.

Die gewährten Darlehen verteilen sich auf die beteiligten Kommunen wie folgt:

	kurzfristig		langfristig		insgesamt RM
	Stück	Betrag	Stück	Betrag	
Kreise	29	3 639 000.—	17	2 425 940.—	6 064 940.—
Großstädte über 100 000 Einwohner	31	18 464 440,50	15	22 692 000.—	41 156 440,50
Mittel- und kleine Städte	98	8 750 450.—	74	9 072 930.—	17 823 380.—
Landgemeinden	260	4 120 745.—	239	5 508 906.—	9 629 651.—
Kirchengemeinden	14	774 500.—	17	3 032 729.—	3 807 229.—
Genossenschaften u. sonstige Verbände	20	840 500.—	12	2 777 360.—	3 617 860.—
Sonstige	5	7 600 000.—	5	7 500 000.—	15 100 000.—
Zusammen	457	44 189 635,50	379	53 009 865.—	97 199 500,50

Verwendungs-
zwecke.

Über die Verwendungszwecke vorstehender Darlehen und die Höhe der auf die einzelnen Zwecke entfallenden Beträge unterrichtet nachstehende Aufstellung:

	kurzfristig RM	langfristig RM	insgesamt RM
Bau von Straßen, Wegen, Kanälen und Brücken	4 866 101.—	1 137 156.—	6 003 257.—
Bau von Unterrichtsanstalten, Kran- kenhäusern, Kirchen, Dienstgebäuden usw.	3 568 194.—	3 190 210.—	6 758 404.—
Wohnungsbau	7 141 455.—	10 752 950.—	17 894 405.—
Grunderwerb	328 350.—	5 664 250.—	5 992 600.—
Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität	3 688 600.—	400 400.—	4 089 000.—
Schuldentilgung	840 000.—	467 329.—	1 307 329.—
Konsolidierung von kurzfristigen Kre- diten	—	25 248 770.—	25 248 770.—
Laufende Ausgaben	9 774 715,50	—	9 774 715,50
Verschiedene kommunale Zwecke . .	13 982 220.—	6 148 800.—	20 131 020.—
Zusammen	44 189 635,50	53 009 865.—	97 199 500,50

Hochwasser-
kredite.

Außerdem erfolgte weitere Tilgung der im Jahre 1924 und 1926 gewährten Hochwasserkredite, und zwar:

a) durch Rückzahlung	395 607,60 RM
b) „ Konsolidierung	154 406,50 „
	<u>550 014,10 RM.</u>

Hiernach verbleibt ein Bestand an kurzfristigen Hochwasserkrediten in Höhe von
2 141 609,43 RM.

Bestand der
Kommunal-
kredite am
Jahresende.

Insgesamt liefen am Jahresende

211 500 000,— RM kurzfristige und
323 200 000,— „ langfr. KommunalDarlehen,

so daß ein Gesamtbestand an Kommunalkrediten in Höhe von

534 700 000 RM

ins neue Jahr übernommen wird.

Während die kurzfristigen KommunalDarlehen gegenüber dem Bestand von Ende 1928 nur die geringe Zunahme von 10 000 000,— RM aufweisen, erfuhren die langfristigen eine Vermehrung um 55 200 000,— RM.

7. Verzinsung der Darlehen.

Im Jahre 1929 gestalteten sich unsere

Darlehensbedingungen

wie folgt:

I. Kommunalkredit.

Zinssätze für
Kommunal-
kredite.

a) kurzfristige Kredite:

bis	14. Januar	1929	9 1/2 %
ab	15. Januar	1929	9 1/4 %
"	1. Februar	1929	9 %
"	1. Mai	1929	9 3/4 %
"	15. Mai	1929	10 1/2 %
"	1. Juni	1929	11 1/2 %
"	1. Juli	1929	11 %
"	15. Juli	1929	10 1/2 %
"	10. August	1929	11 %
"	5. Oktober	1929	11 1/2 %
"	15. November	1929	11 %

b) langfristige Kredite.

Die im Berichtsjahre ausgezahlten 53 009 865,— RM langfristige Kommunalkredite wurden zu nachstehenden Bedingungen ausgegeben:

13 561 469.—	RM	zu	7 %	Zinsen	89 1/2 %	Auszahlung
30 212 996.—	"	"	7 1/2 %	"	94—94 1/2 %	"
3 000 000.—	"	"	8 1/4 %	"	98 %	"
8 000.—	"	"	8 %	"	94 %	"
6 000 000.—	"	"	8 %	"	93 %	"
55 000.—	"	"	5 %	"	100 %	"
172 400.—	"	"	1/2 %	unter Reichsbankdiskont		
<hr/>						
53 009 865.—	RM.					

II. Hypothekarkredit aus Pfandbriefmitteln.

Zinssätze für
Hypotheken-
darlehen.

(a) ländliche; b) städtische Darlehen

Zeit	Zinssfuß	Auszahlung	Tilgung
bis 23. Januar 1929			mindestens
a)	7 1/2 %	94 %	1/2 %
b)	8 %	93 1/2 %	" "
ab 24. Januar 1929			
a)	7 %	91 %	" "
b)	8 %	93 %	" "
ab 7. Juni 1929			
a)	7 1/2 %	90 %	" "
b)	8 1/2 %	91 %	" "
ab 13. Juni 1929			
a)	8 %	90 %	" "
b)	8 1/2 %	89 %	" "
ab 11. Sept. 1929			
a)	8 %	90 1/2 %	" "
b)	8 1/2 %	90 %	" "

Die Zinsbedingungen der mannigfachen Sonderaktionen weichen sehr voneinander ab; sie sind zum Teil in der Darstellung der einzelnen Aktionen angegeben.

Bezüglich der ländlichen Hypotheken sei noch einmal auf die Zinsverbilligungsaktion Seite 136 hingewiesen.

Verzinsung
des gesamten
Darlehens-
bestandes.

Von dem gesamten langfristigen Darlehensbestand am Jahresende entfallen auf die einzelnen in Kraft befindlichen Zinsfüße folgende Beträge:

Zinsfuß	Realkredit	Kommunalkredit	Zinsgesamt
—	—	223 858,54	223 858,54
bis 3 %	—	84 003,04	84 003,04
4 %	25 400.—	66 403,67	91 803,67
4 ³ / ₄ %	—	15 811 606,51	15 811 606,51
5 %	117 153,58	3 211 919,03	3 329 072,61
5 ¹ / ₂ %	1 475 612,95	143 514.—	1 619 126,95
6 %	136 600.—	35 262 436,91	35 399 036,91
6,05 %	1 028 088,20	—	1 028 088,20
6,2 %	—	7 546 360.—	7 546 360.—
6 ¹ / ₄ %	5 243 657,66	3 937 420,33	9 181 077,99
6,4 %	—	8 940 133,63	8 940 133,63
6 ¹ / ₂ %	13 093 588,99	—	13 093 588,99
6 ³ / ₄ %	1 301 090,83	445 463,45	1 746 554,28
7 %	19 010 418,81	62 999 738,32	82 010 157,13
7 ¹ / ₄ %	2 916 146,33	28 579 631,53	31 495 777,86
7 ¹ / ₂ %	6 861 915,31	88 940 762,25	95 802 677,56
8 %	1 913 911,49	16 108 781,43	18 022 692,92
8 ¹ / ₄ %	—	3 000 000.—	3 000 000.—
8,3 %	—	1 462 426,84	1 462 426,84
8 ¹ / ₂ %	124 918,78	5 000 000.—	5 124 918,78
9 %	1 041 473,48	14 740 464,20	15 781 937,68
9 ¹ / ₂ %	72 000.—	—	72 000.—
10 %	321 000.—	—	321 000.—
10 ¹ / ₂ %	2 705 608,45	—	2 705 608,45
11 ¹ / ₂ %	—	2 138 508,30	2 138 508,30
Durchschn.-Verzinsf.	7,078 %	7,086 %	7,085 %

Die **Zinsspanne,**

die sich aus der Gegenüberstellung der durchschnittlich von uns zu zahlenden Zinsen und dem durchschnittlichen Ertrag der Anlagen ergibt, konnte im Berichtsjahre eine weitere Senkung erfahren, wie nachstehende Entwicklungstabelle zeigt:

Jahr	Aktivzinsen	Passivzinsen	Zinsspanne
1926	9,255 %	7,810 %	1,445 %
1927	7,428 %	6,655 %	0,773 %
1928	8,354 %	7,801 %	0,553 %
1929	8,623 %	8,199 %	0,424 %

Die Möglichkeit mit der verringerten Zinsspanne auszukommen war gegeben durch das Anwachsen der Bilanzsumme sowie durch die Verbilligung des Geschäftsbetriebes infolge der durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen.

8. Aufwertung.

Aufwertungsergebnis.

Das Ergebnis der Aufwertung hat für die Landesbank im Berichtsjahr keine wesentliche Änderung erfahren, so daß wir uns auf einen Hinweis auf die ausführlichen Darlegungen im Geschäftsbericht des Vorjahres beschränken können.

Aufwertung im Saargebiet.

Die im letzten Bericht als bevorstehend erwähnte gesetzliche Regelung der Aufwertungsfrage im Saargebiet ist inzwischen erfolgt. Die Bearbeitung der einzelnen Fälle im Gesamtwert von rund $\frac{1}{2}$ Million RM schreitet voran, doch liegen bisher Endergebnisse noch nicht vor.

9. Die Landesbank als Girozentrale der rheinischen Sparkassen.

Die stets guten Beziehungen zwischen der Landesbank als Girozentrale und den ihr angeschlossenen rheinischen Sparkassen haben sich zu beiderseitigem Nutzen weiter vertieft und gefestigt. Als günstiger Niederschlag gleichgerichteter Interessen und Ziele und der gemeinsamen Abwehrstellung gegen die Angriffe auf das öffentliche Bankwesen macht sich mehr und mehr ein ausgeprägtes Solidaritätsgefühl geltend. Und so dürfen wir vertrauen, daß die Sparkassen, die unserer Einladung zur Hereingabe von fünf Jahresgeldern willig Folge leisteten, auch jetzt freudig zusammenstehen und mitwirken werden an der Erreichung des großen Zieles der Umschuldung der kurzfristigen kommunalen Verschuldung.

Solidarität.

Anerkannt sei auch an dieser Stelle, daß sich in der Belegung der Guthaben unserer Sparkassen bei anderen Geldanstalten ein Wandel zugunsten der Girozentrale vollzogen hat. Diese Guthaben betragen am 31. Dezember 1929 191,9 Millionen RM.

Rostro-
guthaben der
Sparkassen.

Hiervon waren angelegt

bei der Landesbank	76,1%
bei anderen öffentlichen Banken und Sparkassen	20,0%
bei Privatbanken	3,9%

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die auf die Girozentrale entfallende Quote sich auch weiterhin noch verbessert.

Als berufene Hüter der Liquidität unserer Sparkassen haben wir rechtzeitig und wiederholt unsere Stimme erhoben und auf die Gefahren unzureichender Liquidität hingewiesen. Daß der Ruf nicht wirkungslos verhallt ist, zeigt die Entwicklung der Liquiditätsverhältnisse:

Liquidität.
a) allgemein.

Datum	Großsparkassen	Kreissparkassen	Stadtsparkassen	Amtsparkassen
	%	%	%	%
28. Februar 1929	41,0	33,4	33,8	29,7
30. April 1929	42,1	33,2	32,9	27,9
30. Juni 1929	38,3	31,0	30,8	26,6
31. August 1929	36,5	30,6	30,7	28,5
31. Oktober 1929	38,0	30,5	30,5	28,4

b) 30% tge
Liquidität
(§ 35 der
Mustersatzung)

Die rheinischen Sparkassen in ihrer Gesamtheit haben die der Mustersatzung entsprechende 10% Liquidität bei ihrer Girozentrale nicht unterschritten. Das z. Zt. bestehende Minus einzelner Kassen ist durch das Plus anderer Kassen ausgeglichen. Infolge der immerhin starken Abnahme der von den Sparkassen bei uns unterhaltenen Rostroguthaben, die sich aus nachstehender Tabelle ergibt, ist die früher bessere Liquidität bis hart an die 10% Grenze heruntergegangen.

c) 10%ige
bei der
Landesbank
(§ 35 c).

Die Guthaben und Verpflichtungen der Sparkassen bei der Landesbank zeigen folgende Entwicklung:

Guthaben und
Verpflichtungen der
Sparkassen.

Jahr	Guthaben Millionen RM	Verpflichtungen Millionen RM
Ende 1926	111,6	4,2
Ende 1927	73,2	1,6
Ende 1928	168,2	4,1
Ende 1929	119,1	4,4

In dem Bestreben, den Sparkassen einen Beamtennachwuchs sicher zu stellen, der den Anforderungen der Zeit gewachsen ist, wurde nach längeren Vorverhandlungen um die Jahreswende eine Sparkassenschule für die westlichen Provinzen ins Leben gerufen. Das Ziel dieser Schule ist, dem Schüler neben den praktischen Aufgaben des Sparkassenwesens die notwendigen Grundlagen der Rechts-, Finanz-, betriebs- und volkswirtschaftlichen Fragen zu vermitteln, so daß er den vielseitigen Anforderungen des neuzeitlichen Sparkassenbetriebes gewachsen und nach Ablegung der Fachprüfung befähigt ist, auch in leitenden Stellen bei Sparkassen mit Erfolg tätig zu sein.

Rheinisch-
Westfälische
Sparkassen-
schule.
Ziel der
Ausbildung.

Die Schule ist eine Anstalt des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes und hat ihren Sitz vorerst in Düsseldorf, wo im Gebäude der Landesbank geeignete Räume und Einrichtungen zur Verfügung stehen und wo eine ständige Überwachung des gesamten Schulbetriebes durch den Schulleiter gewährleistet ist.

Träger der
Schule und
Schulitz.

Möge dem jungen Lehrinstitut eine erfolgreiche Tätigkeit beschieden sein.

10. Die Landesbank als Bausparkasse.

Ebenso fruchtbar wie auf anderen Gebieten erweist sich die Zusammenarbeit der Landesbank mit den rheinischen Sparkassen auf dem Gebiete des kollektiven Bau-sparens. Als erste der deutschen Girozentralen eröffnete die Landesbank der Rheinprovinz am 22. Juli 1929 im Interesse der rheinischen Sparkassen und daher in engster Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverband als besondere Abteilung ihres Betriebes eine öffentliche Bausparkasse unter der Bezeichnung:

„Bausparkasse der Rheinprovinz“.

Errichtung der Bausparkasse der Rheinprovinz.

Wartezeiten, Zuteilungsverfahren. Sonderzahlungen. Lebensversicherung. Bausparkassenkommission des Verwaltungsrates.

Die wesentlichen Vorzüge der öffentlichen Bausparkassen, die einheitlich nach einem vom deutschen Sparkassen- und Giroverband aufgestellten System arbeiten, sind die verbindliche Angabe von Wartezeiten und ein Zuteilungsverfahren, das in besonderem Maße gerecht und sozial wirkt. Die öffentlichen Bausparkassen werden den Belangen des kleinen wie des starken Sparers in gleicher Weise gerecht. Sonderzahlungen kapitalkräftiger Sparer, die die Wartezeit verkürzen, sind möglich, ohne daß hierdurch der minderbemittelte Sparer, der nur die normalen Zahlungen leisten kann, beeinträchtigt wird. Jeder Bausparer wird bei der zuständigen öffentlichen Lebensversicherungs-Anstalt ohne besondere Prämienzahlung nach erfolgter Kapitalzuteilung gegen Todesfall versichert, so daß die Hinterbliebenen des Bausparers keine weiteren Zahlungen mehr zu leisten haben.

Bausparkassenkommission des Rhein.-Westf. Sparkassenverbandes.

Der Verwaltungsrat hat zur besonderen Betreuung der neu gegründeten Bausparkasse eine Bauspar-Kommission bestellt, die ständig in engster Fühlungnahme mit der Bausparkommission des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes arbeitet.

Verpflichtung zur Vergabe derl. Hypothek.

Die Sparkassen haben sich in richtiger Erkenntnis des neuen großen Gedankens verpflichtet, jedem Bausparer unmittelbar nach Zuteilung die 1. Hypothek bis zu 40% der Baukosten zu gewähren. Damit genießt der Bausparer den großen Vorzug, daß er nicht die gesamten Baukosten anzusparen braucht, wodurch sich seine Leistungen in der Wartezeit vermindern, ein Vorzug, den bis heute keine private Bausparkasse bieten kann.

Geschäftstätigkeit.

Den Vorzügen der öffentlichen Bausparkassen, die hier nur kurz angedeutet werden konnten, ist es zu danken, daß trotz stärkster Konkurrenz in der erst kurzen Betätigungszeit bereits ansehnliche Erfolge verzeichnet werden können. Nach Einrichtung ihrer Organisation konnte die Bausparkasse der Rheinprovinz zum 1. Oktober 1929 ihre ersten Verträge abschließen. Der Antragseingang war folgender:

Antragseingang.

Aug. und Sept. 1929	143	Anträge mit	1 598 000,—	RM	Vertragssummen
Oktober	54	„	521 000,—	„	„
November	40	„	360 000,—	„	„
Dezember	277	„	3 004 000,—	„	„

insgesamt: 514 Anträge mit 5 483 000,— RM Vertragssummen.

Vertragsbestand.

Einige Anträge gelangten nicht zur Annahme, so daß sich der Bestand am 31. Dezember 1929 auf

509 Verträge mit Vertragssummen von insgesamt 5 411 000 RM

stellte.

Diese Verträge verteilen sich auf die einzelnen Regierungsbezirke wie folgt:

Nachen	19	Verträge mit	162 000,—	RM	Vertragssummen
Düsseldorf	249	„	2 585 000,—	„	„
Koblenz	42	„	367 000,—	„	„
Köln	187	„	2 144 000,—	„	„
Trier	12	„	153 000,—	„	„

Mitarbeit der Sparkassen.

Die meisten Verträge haben folgende Sparkassen eingebracht:

Städt. Sparkasse Bonn	149	Anträge mit	1 780 000,—	RM
Städt. Sparkasse in Barmen-Elberfeld, Hauptstelle Barmen	123	„	1 065 000,—	„
Kreissparkasse Neuwied	23	„	182 000,—	„
Gemeinde-Sparkasse Büttgen	19	„	136 000,—	„
Städt. Sparkasse Köln	16	„	166 000,—	„
Städt. Sparkasse Essen	11	„	95 000,—	„

Von den bis 31. Dezember 1929 abgeschlossenen Bausparverträgen entfallen auf Vertragssummen bis Größen-
gliederung der
Verträge.

3 000,—	RM =	28	Verträge
5 000,—	"	=	96 "
10 000,—	"	=	241 "
20 000,—	"	=	109 "
30 000,—	"	=	35 "

Die Bausparer gliedern sich nach ihren Berufen wie folgt:

Berufsstatistik
der Bausparer.

1. Arbeiter	16
2. Angestellte	47
3. Beamte	81
davon Oberbeamte	9
" Geistliche	1
" Lehrer	16
4. Selbständige Geschäftsleute	253
davon Fabrikanten und	
Kaufleute	189
Handwerker	61
Landwirte	3
5. Freie Berufe	54
6. Körperschaften	2
7. Verschiedene	56

Zur Entlastung der Sparkassen in der Werbung für die Bausparkasse ist um die Jahreswende mit der Einstellung von Vertrauensmännern begonnen worden. Vertrauens-
männer.

Um die Entwicklung ihrer Bausparkasse zu fördern und insbesondere bereits in der Anfangszeit mit hinreichenden Zuteilungen aufwarten zu können, entschloß sich die Landesbank, der Bausparkasse laufend die Einzahlungen auf insgesamt N.N. Verträge
der Landes-
bank.

828 Anträge über insgesamt 9 108 000,— RM

unter Verzicht auf Zuteilung zukommen zu lassen. Diese Verträge wurden im Verhältnis des Antragsengangs bis zum 1. Oktober 1929 auf die einzelnen Tarife wie folgt verteilt:

Tarif	9:	384	Verträge mit	4 422 000,—	RM	Vertragssummen
"	12:	126	" "	1 470 000,—	"	"
"	15:	126	" "	984 000,—	"	"
"	18:	192	" "	2 232 000,—	"	"

Der Gesamtvertragsbestand per 31. Dezember 1929 stellt sich hiernach Gesamtver-
tragsbestand
nach Tarifen. wie folgt:

Tarif:	9:	624	Verträge mit	7 104 000,—	RM	Vertragssummen
"	12:	199	" "	2 240 000,—	"	"
"	15:	204	" "	1 791 000,—	"	"
"	18:	310	" "	3 384 000,—	"	"
insgesamt				1337	Verträge mit	14 519 000,—
						RM Vertragssumme.

Nach Ablauf der vorgeschriebenen Wartezeit von drei Vertragsmonaten konnte bereits am 5. Januar 1930 die

1. Baugeldzuteilung

1. Baugeld-
zuteilung.

vorgenommen werden.

Es standen zur Verfügung in

Gruppe A	70 035,84	RM
" B	11 250,40	"
" C	2 765,34	"

Es wurden zuteilt in

Gruppe A	77 000,—	RM
" B	30 000,—	"
" C	5 000,—	"

Die aus der Verlosung sich ergebenden Mehrzuteilungen sind geschäftsplanmäßig bei der nächsten Zuteilung in Abzug zu bringen.

IV. Landesbank der Rheinprovinz.

Die vom Verwaltungsrat aufgestellte Geschäftsordnung schreibt vor, daß die Bausparkasse über ihre Aktiv- und Passivgeschäfte gesondert Rechnung zu legen hat. Die

1. Bilanz der Bausparkasse der Rheinprovinz

zeigt folgendes Bild:

Aktiva:	RM	Passiva:	RM
1. Guthaben bei den Einzugsstellen (Sparkassen)	161 847.83	1. a) Sicherheitsrücklage I	57 485.—
2. Inventar	3 041.12	b) " II	7 118.69
3. Verlust (Organisationskostenvorschuß).	35 761.45	2. Sparbeträge	82 982.68
	<u>200 650.40</u>	3. noch abzuführende Versicherungsprämien	1 495.53
		4. noch abzuführende Provisionen	1 686.—
		5. Vorschuß der Bank	<u>49 882.50</u>
			<u>200 650.40</u>

Düsseldorf, den 30. Januar 1930.

Die Übereinstimmung der Bilanz mit den Büchern, den Vermögensbeständen und den Verhältnissen wurde festgestellt.

Treuhand- und Revisionsabteilung der Landesbank der Rheinprovinz.

gez. Aust

gez. Kenn

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll:	RM	Haben:	RM
1. Verwaltungskosten		Zinsertrag	640.80
a) persönliche	16 075.48	Laufende Verwaltungskostenbeiträge	1 346.36
b) sächliche	<u>5 058.78</u> =	Einmalige dto.	12 098.40
2. Werbungskosten	28 712.75	Verlust (Organisationskostenvorschuß)	35 761.45
	<u>49 847.01</u>		<u>49 847.01</u>

Zum Verständnis der Bilanz ist folgendes zu beachten:

Erläuterungen zur Bilanz.

Vorschüsse der Landesbank.

Organisationskostenvorschuß.

Guthaben bei den Einzugsstellen.

- Die Bausparkasse ist nicht mit einem Eigenkapital ausgestattet worden. Die Geschäftsordnung sieht vielmehr vor, daß ihr zur vorübergehenden Deckung ihrer Verwaltungskosten Vorschüsse der Landesbank zur Verfügung gestellt werden, die jeweils aus den in die Tarifzahlungen der Bausparer einkalkulierten Verwaltungsbeiträgen abzudecken sind. Die erste Einrichtung erforderte selbstverständlich höhere Aufwendungen, die erst allmählich entsprechend den Vertragsabschlüssen abgedeckt werden können. Daher erklärt sich auch der in der Bilanz ausgewiesene Verlust von 35 761,45 RM, der sich also lediglich als ein Organisationskostenvorschuß darstellt. Auf die von der Landesbank abgeschlossenen NN-Verträge (siehe oben) werden keine Verwaltungskostenbeiträge gezahlt. Der Vorschuß der Landesbank ist unter Ziffer 5 der Passiva ausgewiesen.
- Nach den mit den Sparkassen getroffenen Vereinbarungen über den Einzug der Tarifzahlungen verbleiben die eingehenden Zahlungen der Bausparer den Sparkassen jeweils bis zum 1. des zweiten Monats jedes Kalendervierteljahres. Diese Inkassoguthaben sind unter Ziffer 1 Aktiva ausgewiesen. In ihnen sind die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen einmaligen und laufenden Verwaltungskostenbeiträge enthalten, die also am 1. Februar auf den Vorschuß der Bank abgedeckt werden können.
- Der Rücklage I wird, wie im Geschäftsplan vorgesehen, $\frac{1}{2}\%$ jeder Vertragssumme aus den Tarifleistungen der Bausparer zugeführt. Der Rücklage II wurden aus den Verträgen, die ohne Versicherungsschutz laufen, die in die Tarifleistungen einkalkulierten Versicherungsprämien zugewiesen (Selbstversicherung).

Der Antragseingang im neuen Jahr ist durchaus zufriedenstellend. Es darf daher mit einer weiteren günstigen Entwicklung gerechnet werden. Die Erfahrung zeigt, daß es sich beim Abschluß von Bausparanträgen nicht um eine bloße Umleitung von Sparbeträgen handelt, die sonst den Sparkassen zugeflossen wären. Vielmehr wird hier zusätzliche Sparkraft frei gemacht, also neues Kapital gebildet. Die Bausparkasse wird damit dem Haupterfordernis der Jetztzeit gerecht.

Antragseingang im neuen Jahr.

Neue Kapitalbildung.

II. Die Landesbank im Dienste von Reich und Staat.

Die Landesbank der Rheinprovinz hat es immer als besondere Ehrenpflicht angesehen ihre volle Kraft einzusetzen, wenn Reich oder Staat an die Mithilfe der Bankinstitute appellierten, sei es, daß es sich um die Aufbringung von Geldmitteln für diese Institutionen, sei es, daß es sich um die Durchführung von Aktionen handelte, die im Interesse des gesamten Volkes oder einzelner Volks- oder Gebietsteile seitens des Reiches oder der Länder beschlossen wurden. So wurden in der Kriegszeit nicht weniger als 3,481 Milliarden = 3,5% des durch die neun Kriegsanleihen aufgebrauchten Gesamtkapitalbetrages durch die Vermittlung der Landesbank gezeichnet. Die Einrichtung a) einer Kriegspargelderabteilung (auf Veranlassung der Heeresverwaltung), b) einer Vermögensverwaltung für Kriegsteilnehmer, c) eines Kriegshilfsfonds für schullos notleidend gewordene Schuldner, d) einer Kriegsversicherung und e) einer Kriegshilfskasse seien in diesem Zusammenhang erwähnt. Zur Milderung der Währungs- bzw. Zahlungsmittel-Kalamität trug dann die Landesbank durch mehrere Notgeldausgaben wesentlich bei.

Kriegs- und Inflationszeit.

Mit der Währungsstabilisierung und Deflation traten die Verarmung und Not unseres Volkes unverhüllt zutage. Zahlreiche Kreditaktionen von Reich und Staat zugunsten der Landwirtschaft, des Weinbaues und des Mittelstandes wurden notwendig. Über 48 Millionen RM leitete die Landesbank weiter und übernahm gern den Verdruß, die Sorgen und den Arbeitszuwachs, die mit der Unterbringung und Verwaltung dieses in lauter kleine Darlehen aufzuteilenden Betrages verbunden waren. Der Gesamtbetrag von 48 Millionen RM setzt sich aus folgenden Einzelaktionen zusammen:

Seit der Währungsstabilisierung.

Frühjahrskredit	5 000 000,— RM
Erntebergungskredit	1 500 000,— "
Winkerkredit	1 000 000,— "
Golddiskontkredit	2 250 000,— "
Sonderkredit für landw. Kleinbesitz	600 000,— "
Staatl. Saatgutfkredite	23 700 000,— "
Kredite für Silos, Molkerei und Gartenbau	660 000,— "
Reichswinkerkredit I	2 500 000,— "
Reichswinkerkredit II	2 500 000,— "
Reichswinkerkredit III	3 000 000,— "
Reichswinkerkredit IV	500 000,— "
Reichswinkerkredit V	2 000 000,— "
	<hr/>
	45 210 000,— RM
Mittelstandskredite	620 000,— "
Mittelstandskredite	1 100 000,— "
Mittelstandskredite	1 200 000,— "
	<hr/>
	48 130 000,— RM

Neben der Weiterleitung und Verwaltung vorstehender Kredite stellte die Landesbank auf Anregung von Reich oder Staat in erheblichem Maße auch eigene Mittel für ähnliche Zwecke zur Verfügung, nämlich:

24 250 000,— RM	für Wohnungsbau in besonderen Notstandsgebieten
1 694 900,— "	" " Staatsbediensteter
400 000,— "	" als Meliorationskredite
154 364,— "	" " Korbweidenkredite
2 000 000,— "	" " Hochwasserkredite 1924
4 627 500,— "	" " " 1925/26
<hr/>	
33 126 764,— RM	

Weiterhin hat die Landesbank dem Reich und Staat indirekt Dienste geleistet, indem sie die Rentenbank und Golddiskontbank der Sorge und Arbeit der Unterbringung ihrer

Anleihen im Rheinland entthob. Es handelt sich um folgende Summen, die der Landwirtschaft zugeführt wurden:

I. Amerikanleihe	362 000,—	RM
II. „	4 300 000,—	„
III. „	1 000 000,—	„
Golddiskontbankanleihe	5 000 000,—	„
Umschuldungsanleihe	3 136 000,—	„
	<u>13 798 000,—</u>	RM

Nicht zuletzt auch im Interesse des Staates wandten wir in den letzten drei Jahren den Betrag von

706 486,54 RM

auf, um durch Zinszuschüsse an landwirtschaftliche Schuldner deren Existenzmöglichkeit zu fördern und zu sichern (vgl. S. 136).

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die Beteiligung an der Ostpreußenhilfe durch Ankauf ostpreußischer Pfandbriefe durch die rheinischen Sparkassen in Gemeinschaft mit der Landesbank. Diese Aufnahme von Pfandbriefen erreicht die Höhe von

1 781 000,— RM.

Den Sparkassen wurde die Teilnahme erleichtert, indem die Landesbank sich bereit erklärte, ihnen die für die Zeichnung notwendigen Mittel auf ein Jahr zu denselben Zinsbedingungen zu bevorzugen, die für die zu zeichnenden Pfandbriefe gelten.

Nicht minder bedeutungsvoll als die indirekte Förderung der Reichs- und Staatsinteressen ist die direkte, die vornehmlich in der Aufnahme der Reichs- und Staatspapiere besteht. Einen Anhaltspunkt für das Ausmaß dieser Tätigkeit geben die jeweiligen Bestände an solchen Papieren. Am Jahresende 1929 hatte die Landesbank

1. a) Eigenen Bestand an Preuß. kurzfristigen Schatzanweisungen	34 850 000,—	RM
b) Bestand der Sparkassen an längerfristigen	21 190 000,—	„
c) an langfristigen Schatzanweisungen und Anleihen Preußens	3 467 800,—	„
	<u>59 507 800,—</u>	RM
2. a) eigenen Bestand an Reichsschatzen	7 046 000,—	RM
b) Bestand der Sparkassen an Reichsschatzen	12 715 700,—	„
c) Bestand der Sparkassen an Reichsanleihen	10 146 200,—	„
	<u>89 415 700,—</u>	RM

Hierzu kommen die Bestände unserer Sparkassen im eigenen Depot, die annähernd 60 Millionen RM betragen.

Mögen vorstehende Darlegungen mit dazu beitragen, daß einer objektiveren Beurteilung der öffentlichen Geldinstitute der Weg geebnet wird.

V. Gewinnergebnis und -verteilung.

Rohertrag. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1929 ergibt einen Rohertrag in Höhe von 6 249 164,13 RM. Nach Abzug der Verwaltungskosten und der Abschreibungsbeträge verbleiben als

Reingewinn. **Reingewinn 2 682 966,40 RM,**

Gewinnverteilung. deren Verteilung wir wie folgt vorschlagen:

36 000,—	RM	zur Abschreibung auf Immobilien
500 000,—	„	„ Verstärkung des Reservefonds
1 000 000,—	„	„ Verzinsung (5%) des vom Provinzialverband überwiesenen Stammkapitals und der Einlagen der Gewährverbände der rheinischen Sparkassen.
1 000 000,—	„	„ weiteren Wiederherstellung der entwerteten Marktbeteiligungen obiger Verbände
50 000,—	„	für die Sterbekasse der Provinzialbeamten
96 966,40	„	Vortrag für 1930
<u>2 682 966,40</u>	RM.	

Schlußbemerkungen.

Trotz der mannigfaltigen Hemmungen im verflossenen Jahre dürfen wir mit Befriedigung auf dasselbe zurückblicken. Es hat sich gezeigt, daß sowohl die Landesbank wie auch die ihr angeschlossenen Sparkassen hereinbrechenden Krisen gerüstet gegenüberstehen, wenn für umfassende Liquidität dauernd gesorgt wird. Dieselbe Bereitschaft gilt es, im laufenden Jahre aufrecht zu erhalten, birgt es doch ohne Zweifel mancherlei Gefahren und Krisenmomente in sich. Vorsichtige Geschäftsführung gepaart mit frischem, gesundem Optimismus werden die öffentlichen Kreditinstitute der Rheinprovinz auch im Jahre 1930 leiten bei ihrer wichtigen Arbeit für Rheinlands Wohl.

Der Beamten- und Angestelltenschaft für die im Berichtsjahr geleistete treue und unermüdlige Mitarbeit auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung auszusprechen, ist uns angenehme Pflicht.

Die Tätigkeit der Filialen hat sich erfolgreich gestaltet und hat entsprechend zum Gesamtergebnis beigetragen.

Düsseldorf, den 20. Januar 1930.

**Die Generaldirektoren
der Landesbank der Rheinprovinz**

Bel. Bernegau.

Aktiva.

Bilanz der Landesbank der Rheinprovinz vom

		RM	ℳf.
1.	Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine	1 096 149	95
2.	Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	1 418 779	49
3.	Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:		
	a) Schecks und Wechsel RM 5 137 166.69		
	b) unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Reiches und der Länder " 41 020 000.00	46 157 166	69
4.	Rostroguthaben bei Banken und Bankfirmen:		
	a) bei Staatsbanken und öffentl. rechtl. Kreditanstalten RM 27 787 644.01		
	b) bei sonstigen Banken " 21 064 476.77	48 852 120	78
5.	Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	22 689	—
6.	Eigene Wertpapiere:		
	a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Länder RM 3 460 695.37		
	b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere " 14 288 806.—		
	c) sonstige börsengängige Wertpapiere " 15 965 010.89	33 714 512	26
7.	Konfortialbeteiligungen	837 861	90
8.	Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	2 885 160	—
9.	Debitoren in laufender Rechnung:		
	a) Banken, festes Geld RM 3 647 101.—		
	b) Sparkassen " 11 029 362.72		
	c) Gemeinden und Gemeindeverbände " 210 054 311.33		
	d) sonstige " 8 684 584.77	233 415 359	82
10.	Langfristige Darlehen:		
	a) Hypotheken:		
	1. aus eigenen Goldpfandbriefen RM 33 883 575.18		
	2. aus sonstigen Mitteln " 21 683 445.06		
	3. aus den Auslandsanleihen der Deutschen Rentenbankkredit- anstalt " 5 408 020.46		
	4. aus der Wohnungsbau-Auslandsanleihe der Landesbanken- zentrale A.-G. " 7 693 306.59		
		RM 68 668 347.29	
	b) Kommunaldarlehen:		
	1. aus eigenen Goldkommunal-Schuldverschreibungen RM 107 571 840.62		
	2. aus der eigenen Auslands-Anleihe " 18 613 811.53		
	3. aus sonstigen Mitteln " 163 199 256.24		
	4. aus den Auslands-Anleihen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes " 8 940 133.63		
	5. für Zwecke des Kleinwohnungsbaues " 24 128 832.95		
	6. Notstandskredite " 755 156.54	391 877 378	80
		RM 323 209 031.51	
11.	Rückständige Darlehenszinsen	1 803 776	37
12.	Zinsenanteile	2 610 919	65
13.	Bankgebäude	—	—
14.	Sonstige Immobilien	536 000	—
15.	Aufwertung:		
	a) Darlehensforderungen einschl. Zinsrückstände RM 38 553 506.97		
	b) Anlage in Effekten " 7 281 677.89		
	c) Forderungen an die Aufwertungsmasse " 4 049 289.79	49 884 474	65
		815 117 349	36
	Kaval- und Bürgschaftsdebitoren RM 6 856 525.88		

31. Dezember 1929 vor der Gewinnverteilung.

Passiva.

		RM	RM	PF
1.	Kapitaleinlage:			
	a) Stammfonds	RM 10 000 000.—	20 000 000	—
	b) Einlagen der beteiligten Sparkassen	„ 10 000 000.—		
2.	Reserve:			
	a) Sicherheitsfonds	RM 3 750 000.—	3 856 067	65
	b) sonstige Rückstellungen	„ 106 067.65		
3.	Kreditoren:			
	a) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	RM —.—		
	b) deutsche Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige deutsche Kreditinstitute	„ 347 254 508.36	405 068 098	22
	c) sonstige Kreditoren	„ 57 813 589.86		
	Von der Gesamtsumme der Kreditoren sind:			
	1. innerhalb 7 Tagen fällig	RM 66 093 231.01		
	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	„ 328 200 351.53		
	3. nach mehr als 3 Monaten fällig	„ 10 774 515.68		
4.	Akzente			
5.	Langfristige Anleihen:			
	a) 6, 7 und 8%ige Goldpfandbriefe	RM 25 231 360.—		
	b) 6 und 7%ige Goldkommunal-Schuldverschreibungen	„ 75 845 000.—		
	c) 7%ige Auslands-Anleihe	„ 18 643 333.37		
	d) Darlehen aus den Auslands-Anleihen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes	„ 8 940 133.63		
	e) Darlehen aus d. Auslands-Anleihen der Landesbankzentrale A.G.	„ 8 256 679.—		
	f) Darlehen aus den Auslands-Anleihen der Deutschen Rentenkreditanstalt	„ 5 411 918.21		
	g) Langfristige Darlehen	„ 95 705 612.29		
	h) Notstands- und Sonderkredite staatl. Kreditanstalten	„ 12 346 822.82		
	i) Gelder mit festen Laufzeiten von Banken und Versicherungs-Instituten	„ 77 755 015.83	328 135 875	25
6.	Noch nicht eingelöste fällige Zinsscheine		408 486	88
7.	Zinsenanteile und vorausbezahlte Darlehenszinsen		4 796 600	06
8.	Noch nicht eingeforderter Betrag auf dauernde Beteiligungen		62 250	—
9.	Gewinn:			
	a) Vortrag aus 1928	RM 169 199.84	2 682 966	40
	b) in 1929	„ 2 513 766.56		
10.	Aufwertung:			
	a) Schuld aus Rheinprovinz-Abfügungsanleihe mit und ohne Auslösungsscheine einschl. der gezogenen, aber noch nicht vorgelegten Stücke nebst deren Zinsen	RM 45 841 246.89	50 102 004	90
	b) Rückstellung für später fällige Zinsen	„ 4 260 758.01		
			815 112 349	36
	Val- und Bürgschaftsverpflichtungen	RM 6 856 525.88		

Die Übereinstimmung der Bilanz mit den Büchern, den Vermögensbeständen und den Verhältnissen wurde festgestellt.

Düsseldorf, den 30. Januar 1930.

Treuhand- und Revisionsabteilung der
Landesbank der Rheinprovinz.

Aust.

Penn.

Aktiva.

Bilanz der Landesbank der Rheinprovinz vom

		RM	pf.
1.	Kasse, fremde Geldforten und fällige Zins- und Dividendenscheine	1 096 149	95
2.	Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	1 418 779	49
3.	Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:		
	a) Schecks und Wechsel RM 5 137 166.69		
	b) unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Reiches und der Länder " 41 020 000.00	46 157 166	69
4.	Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen:		
	a) bei Staatsbanken und öffentl. rechtl. Kreditanstalten RM 27 787 644.01		
	b) bei sonstigen Banken " 21 064 476.77	48 852 120	78
5.	Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	22 689	—
6.	Eigene Wertpapiere:		
	a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Länder RM 3 460 695.37		
	b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere " 14 288 806.—		
	c) sonstige börsengängige Wertpapiere " 15 965 010.89	33 714 512	26
7.	Konfortialbeteiligungen	837 861	90
8.	Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	2 885 160	—
9.	Debitoren in laufender Rechnung:		
	a) Banken, festes Geld RM 3 647 101.—		
	b) Sparkassen " 11 029 362.72		
	c) Gemeinden und Gemeindeverbände " 210 054 311.33		
	d) sonstige " 8 684 584.77	233 415 359	82
10.	Langfristige Darlehen:		
	a) Hypotheken:		
	1. aus eigenen Goldpfandbriefen RM 33 883 575.18		
	2. aus sonstigen Mitteln " 21 683 445 06		
	3. aus den Auslandsanleihen der Deutschen Rentenbankkredit- anstalt " 5 408 020.46		
	4. aus der Wohnungsbau-Auslandsanleihe der Landesbanken- zentrale A.-G. " 7 693 306.59		
		RM 68 668 347.29	
	b) Kommunaldarlehen:		
	1. aus eigenen Goldkommunal-Schuldverschreibungen RM 107 571 840.62		
	2. aus der eigenen Auslands-Anleihe " 18 613 811.53		
	3. aus sonstigen Mitteln " 163 199 256.24		
	4. aus den Auslands-Anleihen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes " 8 940 133.63		
	5. für Zwecke des Kleinwohnungsbaues " 24 128 832.95		
	6. Notstandskredite " 755 156.54	391 877 378	80
		RM 323 209 031.51	
11.	Rückständige Darlehenszinsen	1 803 776	37
12.	Zinsenanteile	2 610 919	65
13.	Bankgebäude	—	—
14.	Sonstige Immobilien	500 000	—
15.	Aufwertung:		
	a) Darlehensforderungen einschl. Zinsrückstände RM 38 553 506.97		
	b) Anlage in Effekten " 7 281 677.89		
	c) Forderungen an die Aufwertungsmasse " 4 049 289.79	49 884 474	65
		815 076 349	36
	Ab- und Bürgschaftsdebitoren RM 6 856 525.88		

31. Dezember 1929 nach der Gewinnverteilung.

passiva.

		RM	ℳf.
1.	Kapitaleinlage:		
	a) Stammfonds	RM 10 000 000.—	
	b) Einlagen der beteiligten Sparkassen	" 10 000 000.—	
			20 000 000 —
2.	Reserve:		
	a) Sicherheitsfonds	RM 4 250 000.—	
	b) sonstige Rückstellungen	" 106 067.65	
			4 356 067 65
3.	Kreditoren:		
	a) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	RM —.—	
	b) deutsche Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige deutsche Kreditinstitute	" 347 254 508.36	
	c) sonstige Kreditoren	" 57 863 589.86	
			405 118 098 22
	Bon der Gesamtsumme der Kreditoren sind:		
	1. innerhalb 7 Tagen fällig	RM 66 143 231.01	
	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	" 328 200 351.53	
	3. nach mehr als 3 Monaten fällig	" 10 774 515.68	
4.	Akzente		— —
5.	Langfristige Anleihen:		
	a) 6, 7 und 8%ige Goldpfandbriefe	RM 25 231 360.—	
	b) 6 und 7%ige Goldkommunal-Schuldvericherungen	" 75 845 000.—	
	c) 7%ige Auslands-Anleihe	" 18 643 333.37	
	d) Darlehen aus den Auslands-Anleihen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes	" 8 940 133.63	
	e) Darlehen aus d. Auslands-Anleihen der Landesbankzentrale A. G.	" 8 256 679.—	
	f) Darlehen aus den Auslands-Anleihen der Deutschen Rentenbankkreditanstalt	" 5 411 918.31	
	g) Langfristige Darlehen	" 95 705 612.29	
	h) Notstands- und Sonderkredite staatl. Kreditanstalten	" 12 346 822.82	
	i) Gelder mit festen Laufzeiten von Banken und Versicherungs-Instituten	" 77 755 015.83	
			328 135 875 25
6.	Noch nicht eingelöste fällige Zinsscheine		408 486 88
7.	Zinsenanteile und vorausbezahlte Darlehenszinsen		4 796 600 06
8.	Noch nicht eingeforderter Betrag auf bauernde Beteiligungen		62 250 —
9.	Gewinn-Vortrag		96 966 40
10.	Gewinn-Anteil und Beteiligungskonstruktion		2 000 000 —
11.	Aufwertung:		
	a) Schuld aus Rheinprovinz-Ablösungsanleihe mit und ohne Auslosungsscheine einschl. der gezogenen, aber noch nicht vorgelegten Stücke nebst deren Zinsen	RM 45 841 246.89	
	b) Rückstellung für später fällige Zinsen	" 4 260 758.01	
			50 102 004 90
			<u>815 076 349 36</u>
	Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen	RM 6 856 525.88	

Die Übereinstimmung der Bilanz mit den Büchern, den Vermögensbeständen und den Verhältnissen wurde festgestellt.

Düsseldorf, den 30. Januar 1930.

Treuhand- und Revisionsabteilung der
Landesbank der Rheinprovinz.

Aust.

Kenn.

Das finanzielle Ergebnis in der großen Lebensversicherung kann als sehr befriedigend bezeichnet werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Überschuß von 516 707,01 RM, der voll an die Überschußrücklage der Versicherten überwiesen wird.

Die Überschußrücklage gestattet, auf die gewinnberechtigten Versicherungen der großen Lebensversicherung mit und ohne Untersuchung für das im Kalenderjahr 1931 beginnende Versicherungsjahr folgende Überschußanteile zu gewähren:

1. für alle Versicherungen, welche wenigstens zwei volle Versicherungsjahre bestanden haben, bei Barbezug der Überschußanteile einen Grundbetrag von 10% des gewinnberechtigten Tarifbeitrages und bei Summenzuwachs einen Grundbetrag von 10% der Versicherungssumme;
2. für alle Versicherungen, welche wenigstens fünf volle Versicherungsjahre bestanden haben, einen Zusatzbetrag von 5% des gewinnberechtigten Tarifbeitrages bzw. eine diesem Zusatzbetrag entsprechende Summenerhöhung;
3. für alle Versicherungen, welche wenigstens fünf volle Versicherungsjahre bestanden haben, einen Ausgleichbetrag, berechnet nach den geschäftsplanmäßigen Bestimmungen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung in der Sterbegeldversicherung wurde durch die ersten Kosten des erst im Aufbau befindlichen Geschäfts stark beeinflusst; sie schließt mit einem Überschuß von 2951,25 RM ab, der voll in die Überschußrücklage der Versicherten fließt.

2. Unfallversicherung.

In der Unfallversicherung wurden von der Anstalt neu abgeschlossen
741 Versicherungen über 133 171,59 RM Jahresbeitrag.

(1 035) " " (198 386,68) " (in 1928).

Der Versicherungszugang zeigt eine Abnahme gegenüber dem Jahre 1928, die teils auf die zunehmende Verschlechterung der Wirtschaftslage im zweiten Halbjahr, teils auf die Ausdehnung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung zurückzuführen ist. Diese Verhältnisse haben auch den Abgang von Versicherungen sehr beeinflusst, der im Jahre 1929

452 Versicherungen mit 79 065,95 RM Jahresbeitrag erreichte.

Der Versicherungsbestand am Ende des Berichtsjahres stellt sich auf

4 497 Versicherungen über 757 241,32 RM Jahresbeitrag.
(4 208) " " (703 135,68) " (in 1928).

Der Schadensverlauf im Berichtsjahr war günstig.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Überschuß von 90 385,18 RM auf, der an die Sicherheits- und Ausgleichs-Rücklage überwiesen wird.

3. Haftpflicht- und Autokasko-Versicherung.

Für Rechnung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz betreibt die Anstalt ferner die Haftpflicht- und die Autokasko-Versicherung. Im Berichtsjahr wurden neu abgeschlossen:

in der Haftpflichtversicherung 7 414 Versicherungen über 513 923,18 RM Jahresbeitrag.
(7 921) (455 991,46) " (in 1928),

in der Autokaskoversicherung 480 Versicherungen über 163 879,73 RM Jahresbeitrag,
(455) (172 176,54) " (in 1928).

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl als auch die Prämiensteudereien in der Autohaftpflicht- und Autokasko-Versicherung durch eine Reihe von Gesellschaften, denen unsere Anstalt im Interesse der Betriebsicherheit nicht zu folgen vermochte, haben einen ungewöhnlich hohen Abgang an Versicherungen gebracht, der betrug:

in der Haftpflichtversicherung 2 527 Versicherungen über 259 486,44 RM Jahresbeitrag,
in der Autokaskoversicherung 244 Versicherungen über 79 800,84 RM Jahresbeitrag.

Der Versicherungsbestand Ende des Jahres 1929 beträgt:

in der Haftpflichtversicherung 34 110 Versicherungen über 1 371 519,99 RM Jahresbeitrag,
(29 223) (1 117 083,25) " (in 1928),

in der Autokaskoversicherung 957 Versicherungen über 322 339,35 RM Jahresbeitrag,
(721) (238 260,46) " (in 1928).

Während in der Autokaskoversicherung der Schadensverlauf nicht ungünstig war, ist er in der Haftpflichtversicherung auch im letzten Geschäftsjahr wiederum schlecht gewesen. Dieses Ergebnis wird nicht nur eine Revision des Haftpflichttarifs notwendig machen, sondern auch eine Prüfung der Frage, ob durch Einführung einer obligatorischen Selbstbeteiligung der Versicherten an allen Schäden — die private Haftpflichtversicherung hat seit kurzem diese Selbstbeteiligung versuchsweise eingeführt — eine Gesundung des Haftpflichtversicherungsbetriebes herbeigeführt werden kann.

Die finanziellen Ergebnisse dieser beiden Geschäftszweige sind im Verwaltungsbericht der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz dargelegt.

Düsseldorf, den 26. Juni 1930.

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Adams.

Reßing.

I. Gewinn- und Verlustrechnung

		RM		pf.		RM		pf.	
A. Einnahmen.									
I	Überträge aus dem Vorjahre:								
	1. Deckungskapital			2 760 978	—				
	2. Beitragsüberträge			1 177 021	—				
	3. Rücklage für schwebende Versicherungsfälle			34 500	—				
	4. Überschufßrücklage der Versicherten	718 015	64						
	Zuwachs aus dem Überschuffe des Vorjahres	467 227	37	1 185 243	01				
	5. Sonstige Rücklagen			30 686	11	5 188 428	12		
II	Beiträge für:								
	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall								
	a) selbst abgeschlossene	3 194 363	69						
	b) in Rückdeckung übernommene	114 898	52	3 309 262	21				
	2. Rentenversicherungen								
	a) selbst abgeschlossene	22 088	59						
	b) in Rückdeckung übernommene	—	—	22 088	59				
	3. Sonstige Versicherungen								
	a) selbst abgeschlossene	23 684	72						
	b) in Rückdeckung übernommene	—	—	23 684	72	3 355 035	52		
III	Nebenleistungen der Versicherungsnehmer								
IV	Kapitalerträge								
	1. Zinsen			434 016	70				
	2. Mietserträge			23 577	71	457 594	41		
V	Gewinn aus Kapitalanlagen:								
	1. Kursgewinn			3 750	—				
	2. Sonstiger Gewinn			17 636	85	21 386	85		
VI	Vergütung der Rückversicherer für:								
	1. Ergänzung des Deckungskapitals			318 605	69				
	2. Eingetretene Versicherungsfälle			56 250	—				
	3. Vorzeitig aufgelöste Versicherungen			27 130	28				
	4. Sonstige vertragmäßige Leistungen			32 116	29	434 102	26		
VII	Sonstige Einnahmen					969	47		
	Gesamteinnahmen					9 457 516	63		

C. Abschluß.

Gesamteinnahmen	RM 9 457 516.63
Gesamtausgaben	„ 8 940 809.62
Überschufß der Einnahmen	RM 516 707.01

D. Verwendung des Überschuffes.

An die Überschufßrücklage der Versicherten	RM 516 707.01
--	---------------

der Lebensversicherung.

		RM	ℳf.	RM	ℳf.	RM	ℳf.
B. Ausgaben.							
I	Zahlungen für unerledigte Versicherungsfälle der Vorjahre:						
	a) geleistet			34 500	—		
	b) zurückgestellt			—	—	34 500	—
II	Zahlungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahre für:						
	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall						
	a) geleistet :	327 036	—				
	b) zurückgestellt	19 172	—	346 208	—		
	2. Rentenversicherungen						
	a) geleistet	966	—				
	b) zurückgestellt	483	—	1 449	—		
	3. Sonstige Versicherungen						
	a) geleistet	249	25				
	b) zurückgestellt	—	—	249	25	347 906	25
III	Vergütung für in Rückdeckung übernommene Versicherungen						
	1. Ergänzung des Deckungskapitals			64 193	27		
	2. Eingetretene Versicherungsfälle			17 526	58		
	3. Vorzeitig aufgelöste Versicherungen			6668	51		
	4. Sonstige Leistungen			14 539	29	102 927	65
IV	Zahlungen und Rückstellungen für vorzeitig aufgelöste selbst abgeschlossene Versicherungen (Rückkauf)					98 504	45
V	Überschußanteile an Versicherte					127 263	14
VI	Rückversicherungsbeiträge für:						
	Kapitalversicherungen auf den Todesfall					480 116	05
VII	Verwaltungskosten:						
	1. Abschlußkosten			504 594	54		
	2. Sonstige Verwaltungskosten			199 695	02		
	3. Steuern			8 242	80	712 532	36
VIII	Abreibungen					40 106	99
IX	Verlust aus Kapitalanlagen:						
	1. Kursverlust			35 561	75		
	2. Sonstiger Verlust			—	—	35 561	75
X	Deckungskapital am Schlusse des Rechnungsjahres für:						
	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall			4 407 091	—		
	2. Rentenversicherungen			24 364	—		
	3. Sonstige Versicherungen			21 831	—	4 453 286	—
XI	Beitragsüberträge am Schlusse des Rechnungsjahres für:						
	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall			1 400 550	—		
	2. Rentenversicherungen			935	—		
	3. Sonstige Versicherungen			7 782	—	1 409 267	—
XII	Überschußrücklage der Versicherten					1 088 665	98
XIII	Sonstige Rücklagen					172	—
XIV	Sonstige Ausgaben					10 000	—
Gesamtausgaben						8 910 809	62

II. Gewinn- und Verlustrechnung

A. Einnahmen.		RM	ℳf.	RM	ℳf.	RM	ℳf.
I	Überträge aus dem Vorjahre:						
	1. Deckungskapital			8 076	—		
	2. Beitragüberträge			—	—		
	3. Rücklage für schwebende Versicherungsfälle			278	—		
	4. Gewinnreserven der Versicherten	580	05				
	Zuwachs aus dem Überschuß der Vorjahre	2 565	57	3 145	62	11 499	62
II	Beiträge für:						
	selbst abgeschlossene Kapitalversicherungen auf den Todesfall . .					122 943	61
III	Nebenleistungen der Versicherungsnehmer					—	—
IV	Kapitalerträge						
	Zinsen					1 446	76
V	Sonstige Einnahmen					118	50
	Gesamteinnahmen					136 008	49

C Abschluß.

Gesamteinnahmen	RM	136 008.49
Gesamtausgaben	„	133 057.24
Überschuß der Einnahmen	RM	2 951.25

D. Verwendung des Überschusses.

An die Überschußrücklage der Versicherten	RM	2 951.25
---	----	----------

der Sterbegeldversicherung.

		RM	ℳf.	RM	ℳf.	RM	ℳf.
B. Ausgaben.							
I	Zahlungen für unerledigte Versicherungsfälle der Vorjahre:						
	a) geleistet			278	—		
	b) zurückgestellt			—	—	278	—
II	Zahlungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahr:						
	a) geleistet			5 684	—		
	b) zurückgestellt			—	—	5 684	—
III	Zahlungen und Rückstellungen für vorzeitig aufgelöste selbst abgeschlossene Versicherungen (Rückkauf) . . .					570	99
IV	Überschußanteile an Versicherte					140	—
V	Verwaltungskosten:						
	1. Abschlußkosten			95 815	88		
	2. Sonstige Verwaltungskosten			13 169	75	108 985	63
VI	Abreibungen					—	—
VII	Dedungskapital am Schlusse des Rechnungsjahres . . .					11 636	—
VIII	Beitragsüberträge am Schlusse des Geschäftsjahres . . .					2 757	—
IX	Überschußrücklage der Versicherten					3 005	62
X	Sonstige Ausgaben					—	—
Gesamtausgaben						133 057	24

III. Gewinn- und Verlustrechnung

A. Einnahmen.		RM	Pf.	RM	Pf.
I	Überträge aus dem Vorjahre:				
	1. Deckungskapital für Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr . . .	667	98		
	2. Beitragsüberträge	93 311	55		
	3. Schadenreserven	210 502	62		
	4. Sicherheits- und Ausgleichrücklage	—	—		
	Zuwachs aus dem Überschusse des Vorjahres	22 648	95	327 131	10
II	Beiträge für Unfallversicherungen:				
	a) selbst abgeschlossene	731 855	—		
	b) in Rückdeckung übernommene	97 482	63	829 337	63
III	Nebenleistungen der Versicherungsnehmer			—	—
IV	Kapitalerträge (Zinsen)			18 867	85
V	Gewinn aus Kapitalanlagen			—	—
VI	Vergütungen der Rückversicherer für:				
	1. Ergänzung des Deckungskapitals gemäß § 58 P. B. G.	—	—		
	2. Eingetretene Versicherungsfälle	87 529	76		
	3. Sonstige vertragmäßige Leistungen	55 918	83	143 448	59
VII	Sonstige Einnahmen			—	—
	Gesamteinnahmen			1 318 785	17

C. Abschluß.

Gesamteinnahmen	RM 1 318 785.17
Gesamtausgaben	" 1 228 399.99
Überschuß der Einnahmen	RM 90 385.18

D. Verwendung des Überschusses.

An die Sicherheits- u. Ausgleichsrücklage	RM 90 385.18
---	--------------

der Unfallversicherung.

		RM	ℳf.	RM	ℳf.
B. Ausgaben.					
I	Zahlungen für Versicherungsfälle der Vorjahre aus selbst abgeschlossenen Versicherungen				
	a) geleistet	159 125	43		
	b) zurückgestellt	20 375	—	179 500	43
II	Zahlungen für Versicherungsfälle im Rechnungsjahr aus selbst abgeschlossenen Versicherungen				
	a) geleistet	200 818	56		
	b) zurückgestellt	149 315	—	350 133	56
III	Vergütungen für in Rückdeckung übernommene Versicherungen				
	1. Eingetretene Versicherungsfälle	106 879	82		
	2. Sonstige Leistungen	15 980	55	122 860	37
IV	Zahlungen für vorzeitig aufgelöste selbst abgeschlossene Versicherungen			—	—
V	Rückversicherungsbeiträge			154 642	63
VI	Verwaltungskosten:				
	1. Agenturprovisionen und sonstige Bezüge des Außendienstes	111 003	56		
	2. Sonstige Verwaltungskosten	109 156	41		
	3. Steuern	—	—	220 159	97
VII	Abreibungen			33	08
VIII	Verlust aus Kapitalanlagen			—	—
IX	Beitragsrückgewährreserve			2 903	—
X	Beitragsüberträge für selbst abgeschlossene Versicherungen in eigener Rechnung			155 518	—
XI	Sicherheits- und Ausgleichsrücklage			22 648	95
XII	Sonstige Ausgaben			20 000	—
Gesamtausgaben				1 228 399	99

IV. Bilanz für den Schluß

		RM	Pf.	RM	Pf.
A. Vermögenswerte.					
I	Grundbesitz			405 000	
II	Hypotheken:				
	a) selbst begebene	2 462 600	—		—
	b) Spareinlagen bei öffentlichen Sparkassen zwecks Hypothekenbegebung	1 746 300	—	4 208 900	—
III	Darlehen an öffentliche Körperschaften			418 000	—
IV	Wertpapiere			1 892 909	—
V	Darlehen auf Versicherungsscheine			321 804	70
VI	Guthaben:				
	1. bei der Landesbank der Rheinprovinz und bei öffentlichen Sparkassen	774 626	09		
	2. bei anderen Versicherungsunternehmungen	2 120	30	776 746	39
VII	Gestundete Beiträge			837 373	28
VIII	Rückständige Zinsen und Mieten			126 136	25
IX	Guthaben bei Hebestellen und aus direktem Inlasso			437 313	46
X	Kassenbestand einschl. Postcheckguthaben			62 271	29
XI	Einrichtung			1	—
XII	Anlagewerte des Aufwertungsstocks			488 342	60
XIII	Sonstiges Vermögen			166 177	24
Gesamtbetrag				9 640 975	21

Düsseldorf, den 26. Juni 1930.

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Adams.

Reßing.

des Rechnungsjahres 1929.

		RM	ℳf.	RM	ℳf.
B. Verbindlichkeiten.					
I	Deckungskapital für:				
	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall	4 407 091	—		
	2. Sterbegeldversicherungen	11 636	—		
	3. Rentenversicherungen	24 364	—		
	4. Sonstige Versicherungen	24 734	—	4 467 825	—
II	Beitragsüberträge für:				
	1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall	1 400 550	—		
	2. Sterbegeldversicherungen	2 757	—		
	3. Rentenversicherungen	985	—		
	4. Sonstige Versicherungen	163 300	—	1 567 542	—
III	Rücklage für schwebende Versicherungsfälle			245 284	91
IV	Überschußrücklage der Versicherten			1 091 671	60
V	Aufwertungsfuß			488 842	60
VI	Rücklage für Verwaltungskosten:				
	1. Abschlußkosten	72 122	52		
	2. Sonstige Verwaltungskosten	56 125	24	128 247	76
VII	Sonstige Reserven und Rücklagen:				
	1. Sicherheitsrücklagen für Aussteuerversicherungen	172	—		
	2. Sicherheits- und Ausgleichsrücklage für Unfallversicherungen	22 648	95	22 820	95
VIII	Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr			102 480	97
IX	Sonstige Verbindlichkeiten:				
	1. Vorausgezahlte Beiträge	144 312	94		
	2. Nicht abgeführte Steuern	24 788	10		
	3. Nicht abgehobene Rückvergütungen	2 717	94		
	4. Tilgungsfonds für Darlehen	6 140	96		
	5. Guthaben der Vertreter	15 975	23		
	6. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	647 580	81		
	7. Zinsenrücklage aus Disagio bei Kapitalanlagen	5 200	—		
	8. Pensionsfonds	70 000	—	916 715	98
X	Überschuß			610 043	44
	Gesamtbetrag			9 640 975	21

Daß das in die Bilanz eingestellte Deckungskapital nach den Vorschriften des Geschäftsplanes berechnet ist, wird hiermit bestätigt.

Dr. Meyer,

Chefmathematiker

des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland.

Die Übereinstimmung des vorstehenden Rechnungsabschlusses 1929 der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz mit den ordnungsmäßig geführten Büchern wird hiermit bescheinigt.

Revisionsabteilung

des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland

i. A.: **Kay,**

Verbandsrevisor.

Erläuterungen zu den Gewinn- und Verlustrechnungen.

I. Lebensversicherung.

A. Einnahmen.

- Zu II, 3 Bei den sonstigen selbst abgeschlossenen Versicherungen handelt es sich um Invaliditäts- und andere Zusatzversicherungen.
- Zu V, 1 Der Kursgewinn ist ein buchmäßiger.
- Zu V, 2 Der sonstige Gewinn ergibt sich aus den einmaligen Verwaltungskostenbeiträgen bei der Ausleihung von Hypothekengeldern, soweit diese nicht als Ersatz für aufgewendete Verwaltungskosten behandelt worden sind.
- Zu VI, 4 Die „Sonstigen vertragsmäßigen Leistungen“ sind Abschlußgebühren des Rückversicherers.
- Zu VII Die sonstigen Einnahmen bestehen aus Geschäftsgebühren für Umschreibungen von Versicherungsscheinen, Anfertigung von Nachträgen usw.

B. Ausgaben.

- Zu III, 4 Die „Sonstigen Leistungen“ stellen Abschlußgebühren dar, die die Anstalt für von ihr in Rückdeckung genommene Versicherungen zu zahlen hatte.
- Zu VII, 1 In den „Abschlußkosten“ sind RM 33 271,18 Arztkosten enthalten.
- Zu VII, 2 Die „Sonstigen Verwaltungskosten“ verteilen sich wie folgt:
- | | |
|--|---------------|
| a) Inlassoprovisionen | RM 32 114,71 |
| b) sonstige persönliche Kosten | „ 119 762,62 |
| c) sächliche Kosten | „ 47 817,69 |
| | RM 199 695,02 |

In den Verwaltungskosten sind auch die auf die gestundeten Beiträge entfallenden Rückstellungen enthalten.

- Zu VIII Die Abschreibungen erfolgten auf den Grundbesitz der Anstalt mit RM 39 966,72 und auf Ausstände bei Vertretern mit RM 140,27.
- Zu IX, 1 Der Kursverlust aus Kapitalanlagen ist nur ein buchmäßiger, entstanden durch Kursrückgang von Wertpapieren. Dieser Kursverlust ist durch das inzwischen erfolgte Steigen der Kurse der Wertpapiere bereits nahezu ausgeglichen.
- Zu XIV Die „Sonstigen Ausgaben“ in Höhe von RM 10 000 stellen eine Zuführung zum Pensionsfonds dar.

II. Sterbegegeldversicherungen.

B. Ausgaben.

- Zu V, 1 Die Abschlußkosten sind in dieser Abteilung verhältnismäßig hoch, weil im Berichtsjahr der Ausbau der Sterbegegeldversicherung erst in Angriff genommen worden ist, und die Abschlußkosten für den Zugang voll verausgabt sind, während Prämien nur für einem Teil des ersten Versicherungsjahres vereinnahmt wurden.

III. Unfallversicherung.

A. Einnahmen.

- Zu VI, 3 Die „Sonstigen vertragsmäßigen Leistungen“ sind Abschlußgebühren des Rückversicherers.

B. Ausgaben.

- Zu III, 2 Die „Sonstigen Leistungen“ bestehen aus Abschlußgebühren für in Rückdeckung genommene Versicherungen.
- Zu VI, 2 Die „Sonstigen Verwaltungskosten“ verteilen sich wie folgt:
- | | |
|---------------------------------|---------------------|
| a) persönliche Kosten | RM 78 273,87 |
| b) sächliche Kosten | „ 30 882,54 |
| | Summe RM 109 156,41 |

- Zu VII Die Abschreibungen von RM 33,08 erfolgten auf Ausstände bei Vertretern.
- Zu X Die Beitragsüberträge beziehen sich auf die selbst abgeschlossenen Versicherungen, soweit diese im Selbstbehalte der Anstalt verbleiben.
- Zu XII Die „Sonstigen Ausgaben“ in Höhe von RM 20 000 bestehen aus einer Zuführung zum Pensionsfonds.

Erläuterungen zur Bilanz.

A. Vermögenswerte.

- Zu I Die Anstalt hat im Berichtsjahr die an ihr Dienstgebäude Düsseldorf, Elisabethstraße 11, angrenzenden Häuser Elisabethstraße 6—10 zum Zwecke der Erweiterung erworben. In einen Teil der erworbenen Häuser sind bereits Büroräume der Anstalt verlegt worden.
- Zu IV Der Bestand an Wertpapieren am 31. Dezember 1929 setzt sich wie folgt zusammen:

	Bezeichnung der Wertpapiere	Nennwert in deutscher Reichswährung RM	Kurswert für den Bestand am Schluß des Geschäftsjahres RM	Bilanzwert RM
1.	Reichs- und Staatsanleihe	405 000.—	366 012.50	365 312.50
2.	Goldpfandbriefe und Gold-Kommunalschuldverschreibungen der Landesbank der Rheinprovinz	1 025 000.—	938 000.—	938 000.—
3.	Rentenbankanleihe (Central-Bank for Agriculture Germ. Gold-Farm-Loan)	96 600.—	89 596.50	89 596.50
			1 393 609.—	1 392 909.—

- Zu VI, 1 Der Posten setzt sich zusammen aus:
- | | |
|---|---------------|
| Guthaben bei der Landesbank der Rheinprovinz | RM 724 350,50 |
| Guthaben bei öffentlichen Sparkassen in lfd. Rechnung | „ 50 275,59 |
| Summe | RM 774 626,09 |

- Zu VII Der Betrag besteht nur aus technisch gestundeten Beiträgen.
- Zu VIII Dieser Posten besteht lediglich aus rückständigen Zinsen und zwar aus am 31. Dezember 1929 fällig gewesenen Hypothekenzinsen, die bis auf einen geringen Betrag im neuen Jahr bereits eingegangen sind und Städtzinsen aus Wertpapieren.
- Zu XIII In dem „Sonstigen Vermögen“ sind die im alten Jahr geleisteten, aber das neue Jahr betreffenden Zahlungen (Gehälter an Innen- und Außenbeamte, vorausgeschriebene Abschlußgebühren und dergl.) mit RM 60 423,91 enthalten; außerdem RM 98 622,48 aus Guthaben bei andern Versicherungsunternehmen, die nicht aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr herrühren und RM 7 130,85 transitorische Posten.

Finanzielles Ergebnis aus der Sterblichkeit im Rechnungsjahr 1929.

A) In der Abteilung für Lebensversicherung auf den Todesfall mit ärztlicher Untersuchung waren infolge Todesfalls zu zahlen oder zurückzustellen 267 686,58 RM

Hierzu standen zur Verfügung:

- | | | |
|---|--------------|---------------|
| 1. aus dem Dedungskapital der durch Tod erloschenen Versicherungen | 15 230,— RM | |
| 2. aus dem Risikobeitrag sämtlicher Todesfallversicherungen ¹⁾ | 329 003,54 „ | |
| 3. aus der Vergütung des Rückversicherers für durch Tod erloschene Versicherungen | 46 250,— „ | 390 483,54 RM |
| | | 122 796,96 RM |

Der Gewinn aus der Sterblichkeit betrug hiernach

B) In der Abteilung für Lebensversicherung auf den Todesfall ohne ärztliche Untersuchung waren infolge Todesfalls zu zahlen oder zurückzustellen 96 048,— RM

Hierzu standen zur Verfügung:

- | | | |
|---|--------------|---------------|
| 1. aus dem Dedungskapital der durch Tod erloschenen Versicherungen | 7 463,— RM | |
| 2. aus dem Risikobeitrag sämtlicher Todesfallversicherungen ²⁾ | 135 840,81 „ | |
| 3. aus der Vergütung des Rückversicherers für durch Tod erloschene Versicherungen | 10 000,— „ | 153 303,81 RM |
| | | 57 255,81 RM |

Der Gewinn aus der Sterblichkeit betrug hiernach

¹⁾ Hierbei ist der an den Rückversicherer für Todesfallversicherungen gezahlte Risikobeitrag im Betrage von 82 660,96 RM in Abzug gebracht.

²⁾ Hierbei ist der an den Rückversicherer für Todesfallversicherungen gezahlte Risikobeitrag im Betrage von 14 608,19 RM in Abzug gebracht.

Bewegung des Versicherungsbekandes 1929. (Umgerechnet in Reichsmark.)

	Kapitalversicherungen auf den Todesfall										Renten- verfiche- rungen					
	Selbstabgeschlossene Versicherungen					In Rückbed. ge- nommene Verf.							Zusgesamt			
	Großleben		Sterbegeb		Zusgesamt		Anzahl		Summe				Anzahl		Summe	
	Anzahl	Summe	Anzahl	Summe	Anzahl	Summe	Anzahl	Summe	Anzahl	Summe			Anzahl	Summe	Anzahl	Summe
Es traten neu in Kraft	2404	15 388 650.—	5408	3 388 788.—	7812	18 777 438.—	467	469 121.—	8279	19 246 559.—	1	1932.—				
Wiederinkraftsetzung	1	5 100.—	4	1 255.—	5	6 355.—	1	135.—	6	6 490.—						
Erhöhung bestehender Versicherungen	—	38 000.—	—	1 884.—	—	39 884.—	—	—	—	39 884.—						
Übertragung infolge Änderung der Versicherungsart	25	99 909.—	—	—	25	99 909.—	2	1 765.—	27	101 674.—						
Gesamtler Zugang	2480	15 531 659.—	5412	3 391 927.—	7842	18 923 586.—	470	471 021.—	8312	19 394 607.—	1	1932.—				
Dazu Bestand am Ende des Vorjahres	9668	61 992 463.—	1080	363 941.—	10748	62 356 404.—	2820	2 726 240.—	13 568	65 082 644.—	5	5973.—				
Zusammen	12 098	77 524 122.—	6492	3 755 868.—	18 590	81 279 990.—	3290	3 197 261.—	21 880	84 477 251.—	6	7 905.—				
Abgang durch: Tod	62	365 718.—	19	8 012.—	81	373 730.—	25	20 746.—	106	394 476.—						
Ablauf	—	—	—	—	—	—	1	1 471.—	1	1 471.—						
Rückkauf	185	1 229 654.—	29	8 412.—	214	1 238 066.—	99	98 465.—	313	1 336 531.—						
Verfall	131	637 000.—	302	164 057.—	433	801 057.—	45	52 376.—	478	853 433.—						
Reduktion	—	319 172.—	—	40 448.—	—	359 620.—	—	2 089.—	—	361 709.—						
Übertragungsabgang	22	104 922.—	—	—	22	104 922.—	1	1 765.—	23	106 687.—						
Gesamtler Abgang	400	2 656 466.—	350	220 929.—	750	2 877 395.—	171	176 912.—	921	3 054 307.—						
Bestand am Ende des Berichtsjahres	11 698	74 867 656.—	6 142	3 534 939.—	17 840	78 402 595.—	3 119	3 020 349.—	20 959	81 422 944.—	6	7 905.—				

In der Unfallversicherung traten an selbst abgeschlossenen Versicherungen in Kraft 741 Versicherungen mit Jahresbeiträgen in Höhe von RM 133 171.59.
Der Versicherungsbekand Ende 1929 belief sich auf 4 497 Versicherungen mit Jahresbeiträgen in Gesamthöhe von RM 757 241.32.

C) In der Abteilung für Kapital- und Rentenversicherungen auf den Lebensfall hätten durch Todesfälle an Deckungskapital frei werden sollen	818,— RM
Es sind in Wirklichkeit frei geworden	<u>—,— "</u>
Der Verlust aus der Sterblichkeit betrug hiernach	818,— RM
D) In der Abteilung für Sterbegeld-Versicherung waren infolge Todesfalls zu zahlen oder zurückzustellen	5 684,— RM
Hierzu standen zur Verfügung:	
1. aus dem Deckungskapital der durch Tod erloschenen Versicherungen	193,— RM
2. aus dem Risikobeitrag sämtlicher Todesfallversicherungen	18 967,— " 19 160,— RM
Der Gewinn aus der Sterblichkeit betrug hiernach	<u>13 476,— RM</u>

Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz gehört dem Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland an, der gegenwärtig die nachstehend verzeichneten öffentlichen Lebensversicherungsanstalten umfaßt:

1. Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landschaft und des Kommunalen Spar- und Giroverbandes für die Ostmark in Königsberg i. Pr.,
2. Lebensversicherungsanstalt Westpreußen in Danzig,
3. Niederschlesische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt in Breslau,
4. Oberschlesische Provinzial-Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsanstalt in Ratibor,
5. Pommersche Provinzial-Lebensversicherungsanstalt in Stettin,
6. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Brandenburg in Frankfurt a. d. O.,
7. Hessen-Rassauische Lebensversicherungsanstalt, öffentliche Versicherungsanstalt für den Volksstaat Hessen und die preussische Provinz Hessen-Rassau in Wiesbaden,
8. Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt in Merseburg,
9. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz in Düsseldorf,
10. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen in Münster i. W.,
11. Provinzial-Lebens-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein in Kiel,
12. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Hannover in Hannover,
13. Öffentliche Versicherungsanstalt der Sächsischen Sparkassen in Dresden,
14. „Bayern“, Öffentliche Anstalt für Volks- und Lebensversicherung in München,
15. Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg in Oldenburg i. O.,
16. Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Baden in Mannheim,
17. Öffentliche Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherung Braunschweig.

Das Arbeitsgebiet der Mitgliedsanstalten des Verbands umfaßt das Deutsche Reich mit dem Freistaat Danzig, aber ohne Württemberg und Hohenzollern. In diesen beiden Gebieten wirkt die Deutsche Versorgungsanstalt Versicherungsbank A.-G., ein gemeinnütziges Lebensversicherungsunternehmen, das mit der öffentlichen Lebensversicherung in engster Arbeitsgemeinschaft steht. Die Deutsche Versorgungsanstalt, deren Aktien sich ausschließlich in den Händen des Württembergischen Sparkassen-Giroverbandes in Stuttgart und des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland befinden, ist als Plahhalterin einer öffentlichen Anstalt für Württemberg und Hohenzollern anzusehen.

Die von den Mitgliedsanstalten des Verbands und der Deutschen Versorgungsanstalt gebildete Gemeinschaft hat in der Lebensversicherung im Jahre 1929 einen Antragszugang von rund 398 Millionen Reichsmark erzielt.

Der Versicherungsbestand der Gemeinschaft belief sich Ende des Jahres 1929 auf 769 617 Versicherungen über 1 567 578 999,— RM Kapital und 21 227 Versicherungen über 606 055,— RM Leibrente.

Düsseldorf, 23. Februar 1931.

Der Provinzialauschuß:

Dr. Adenauer
Vorsitzender.

Dr. Horion
Landeshauptmann.